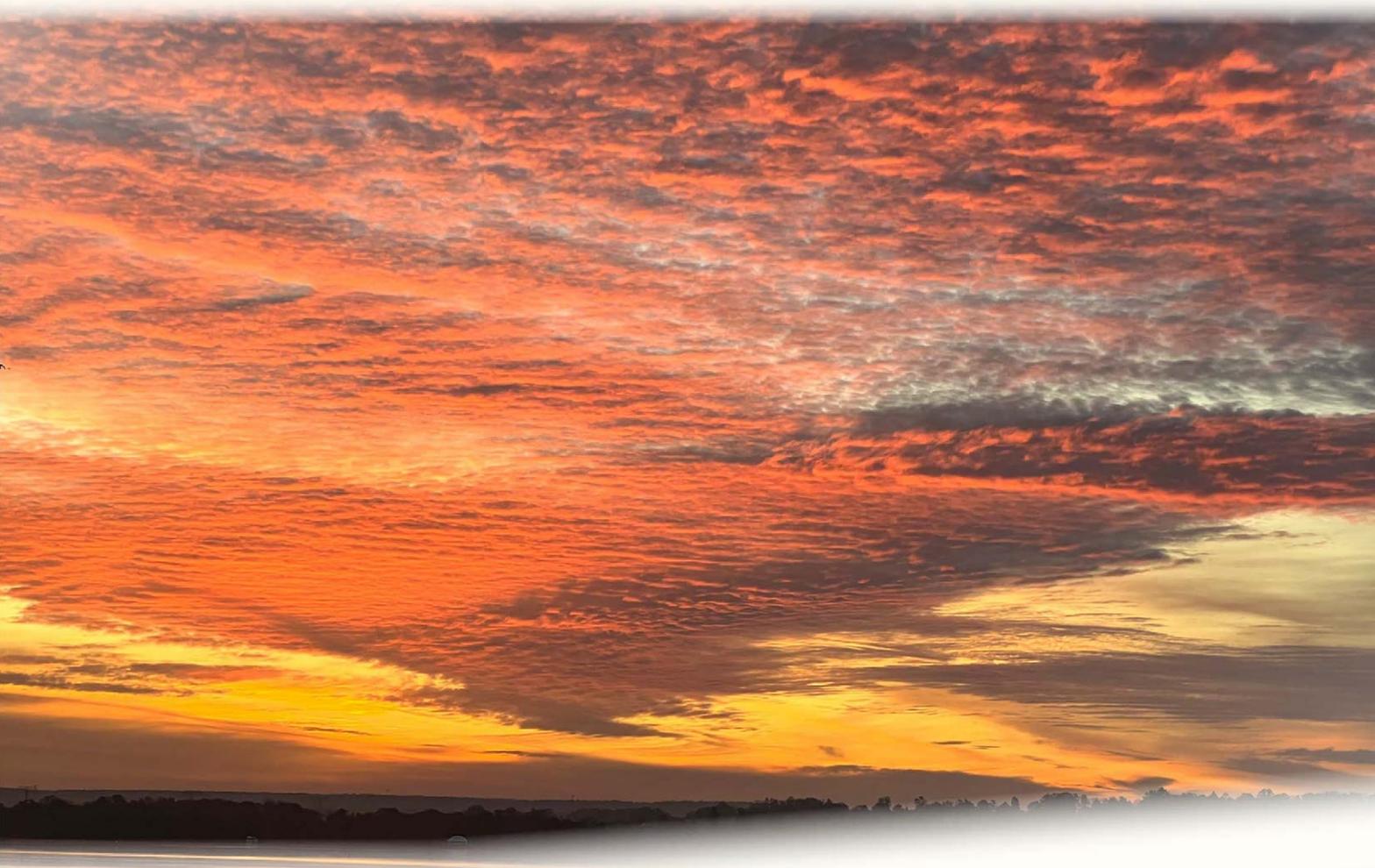


Heike Möller (Hrsg.)

HALBZEIT FÜR AGENDA 2030! WO STEHEN WIR IN BRANDENBURG?

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
Tel.: 0331/704 89 66 | Fax.: 0331/270 86 90
www.venrob.de
Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.de

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber:innen wieder.

Ausgabe 12 (2022)

Heike Möller (Hrsg.): Halbzeit für AGENDA 2030! Wo stehen wir in Brandenburg?

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2022

Satz: Tatjana Pott

Layout: Kathrin Windhorst / kwikwi.org

Druck: solid earth, Berlin

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Produziert mit 100% Ökostrom.

Bildnachweise

Cover, S. 34: © Heike Möller

S. 3/4/13-28/42, : © Tatjana Pott | S. 7: © Wir packen's an e.V. |

S. 11: © IASS/Lotte Ostermann | S. 37-38: © Simone Holzwarth |

S. 40-41: © Bildarchiv Baruth/Mark | S. 44-45: © Vanessa Birnbaum

Bestellung: info@venrob.de

ISBN 978-3-949887-02-4

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der
Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.



Inhalt

In einem Film, in dem du nicht sein willst.	2
<i>Heike Möller</i>	
Ein bisschen Frieden hier, ein wenig Entwicklung dort??	4
<i>Uwe Prüfer</i>	
Praktische Solidarität mit Geflüchteten – Wir packen es an!	5
<i>Axel Grafmanns</i>	
Positionen aus dem BMZ	8
<i>Stefanie Scharf und Jochen Steinhilber</i>	
Nachhaltigkeit in Zeiten multipler Krisen	11
<i>Ira Matuschke und Ortwin Renn</i>	
Aus der Arbeit des 12. Round Table Entwicklungspolitik	13
<i>Heike Möller</i>	
Es promotort weiter. Das Promotor:innenprogramm Brandenburg 2022 – 2024	27
<i>Uwe Prüfer</i>	
Bericht von der BREBIT – Wie wollen wir miteinander leben?	29
<i>Magdalena Freudenschuss</i>	
Das Ende des entwicklungspolitischen Engagements in ländlichen Räumen?	31
<i>Julia Wasmuth</i>	
Ländliche Regionen in Brandenburg	34
<i>Nora Lust</i>	
FestEssen – Das Festival für regionalen und klimafreundlichen Genuss	37
<i>Simone Holzwarth</i>	
Partnerschaft Murun – Baruth/Mark	39
<i>Karsten Wittke</i>	
7. Baruther Schlossgespräche	42
<i>Heike Möller</i>	
Aufruf – Globale Solidarität jetzt!	46

In einem Film, in dem du nicht sein willst.

Es beginnt mit einer Anekdote. Vor vielen Jahren wollte ich mir in einem dieser seelenlosen Multiplexkinos irgendwo im Brandenburger Land einen Science-Fiction Film ansehen. Ich war die einzige im Saal, der Film begann sofort. Ich wunderte mich, weshalb der vermeintlich vorgeschaltete Werbetrailler so lange dauerte – es ging um den neuen James Bond „Stirb an einem anderen Tag“. Bis ich ungeduldig aufstand und mich auf die Suche nach dem Ticketverkäufer machte. Währenddessen lief James Bond weiter. Irgendwann fand ich ihn, nicht James Bond, sondern den, der mir die Eintrittskarte verkauft hatte. Er stellte fest, dass er die falsche Filmrolle eingelegt hatte, diese aber nicht gestoppt werden könne, sondern bis zum Ende durchlaufen müsse.

Das Gefühl, voller Erwartungen und Vorfreude im falschen Film zu sitzen, ist mir seit damals vertraut. Ich habe es auch heute immer mal wieder. Es überkommt mich immer dann, wenn die Erwartung offensichtlich nicht mit der Realität übereinstimmt.

Als 2015 die 17 Sustainable Development Goals, kurz SDGs, die ausgedienten acht Millenniums-Ziele ablösten, war die Euphorie der Weltgemeinschaft groß. Die Agenda 2030 war nichts weniger als ein „Weltzukunftsvertrag“, in dem der globale Rahmen für die Nachhaltigkeitspolitik der folgenden 15 Jahre abgesteckt werden sollte. Heute, Ende 2022 und bei Halbzeit, reibt man sich verwundert die Augen und fragt sich, wie groß das Ausmaß der zu erwartenden Katastrophen sein muss, bevor es zum vielzitierten, benötigten Ruck in der Zivil- oder besser Konsumgesellschaft, da sind wenigstens alle dabei, kommt.

Gegen eine gefährlich Apokalypse-Blindheit forderte der französische Sozialphilosoph Jean-Pierre Dupuy einen „aufgeklärten Kathrophismus“, damit wir rechtzeitig aktiv werden, um Gefahren abzuwehren. Es ist keine Frage mehr, **ob** das Stromversorgungsnetz oder die Wärme- oder Wasserversorgung zusammenbricht, sondern **wann**. Eine „Nur-keine-Panik-Haltung“ lenkt nach Karl Jasper in die falsche Richtung. Er setzte darauf, dass „Angst der Grund zur Hoffnung“ sei. Aber Zukunftsangst ohne Hoffnung lähmt. Wie können wir also unseren Kindern ein Grundvertrauen in ihre Entwicklung vermitteln, angesichts ständiger Bedrohungsszenarien? Die populistische Angstpolitik tut das Ihre dazu. Wir aber entrüsten uns über unseren Nachwuchs, der von der Erkenntnis ins Handeln kommt und seinem Protest über den vermeintlichen Stillstand Ausdruck verleiht und sich auf Hauptverkehrsstraßen festklebt. Die Forderungen der Jungen sind so wenig ausgegoren wie die Reaktion der Alten gerechtfertigt. Man muss keinen Generationenkonflikt herbeireden, wo das Maß der Dinge das persönliche Streben nach Glück – oder auf Neudeutsch „Pursuit of Happiness“ ist.

Sprache als Übermittlerin von Kulturtechniken und -errungenschaften von Zivilisationen ist auch ein Machtinstrument. Wir nutzen das geschriebene Wort, um uns und anderen in Erinnerung zu rufen, was gestern angekündigt wurde, um es morgen umzusetzen. Seit 12 Jahren versuchen wir zu dokumentieren, was es mit der Zielstellung der SDGs im Rahmen der Agenda 2030 in Brandenburg auf sich hat, und was erreicht wurde. Nun ja, der Weg ist das Ziel, oder besser, die Ziele, gespickt mit Modellen zur Indexierung all dessen, was das kollektive Leben ausmacht. Dann übernimmt irgendwann, bevor es zu spät ist, die KI, die das vermutlich ohnehin viel besser als wir armseligen, triebgesteuerten Wesen kann.

Bis es so weit ist, empfehlen wir die Lektüre dieser Ausgabe von „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“, die sich Krisen jeglicher Art widmet und wie ihnen hierzulande entgegengetreten wird. Noch im Pandemiemodus hat uns der russische Überfall auf die Ukraine kalt erwischt. Die Folgen sind bekannt und werden hinlänglich beschrieben. Eine engagierte Stimme aus Bad Freienwalde in Brandenburg ist der im Februar 2020 gegründete Verein „Wir packen's an“. Seine Mitglieder haben sich der Aufgabe gewidmet, praktische Solidarität mit Menschen in und Geflüchteten aus der Ukraine sowie aus anderen Kriegs- und Krisenregionen zu leisten. Dafür gab es Lob und Auszeichnung von der Landesregierung, die sich aber gleichzeitig der Kritik auf anderer Ebene stellen musste.

Eine Stellungnahme des BMZ zum aktuellen Migrationsgeschehen, basierend auf Flucht und Vertreibung, die überwiegend in den Ländern des Globalen Südens stattfindet, liefern Stefanie Scharf und Jochen Steinhilber. Die Zahl der Geflüchteten bricht alle Rekorde, die Ursachen sind multikausal und die alles überspannenden Auswirkungen der Klimaveränderungen tun das Ihre dazu. Globale Mobilität positiv interpretiert kann auch Möglichkeiten aufzeigen. So werden Ansätze genannt, wie in einzelnen Bereichen konstruktiv eingegriffen werden kann.

Die Nachhaltigkeitsplattform in Brandenburg als aktives Kommunikationsforum und Netzwerk sowie der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung setzen sich seit Beginn der Legislaturperiode mit den Stimmen der unterschiedlichsten Stakeholder auch mit den Eckpunkten des Brandenburger Klimaplan auseinander. Einen Bericht zum Status Quo des bisher Erreichten fassen der Vorsitzende beider Gremien, Ortwin Renn sowie Ira Matuschke, beide vom IASS, zusammen.

Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe ist der Bericht über die Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik. Inhaltlich geleitet bezogen sich die Beiträge und Diskussionen – angefangen vom Grußwort des ranghöchsten Mitglieds der Landesregierung Brandenburgs bis zu den Vertretern einzelner Ressorts – auf den Stand der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien sowie der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung wohlgerichtet, nicht des Landes Brandenburg. Am Nachmittag war Jochen Steinhilber zugeschaltet. Bis auf einige allzu kritische Äußerungen finden sich die von ihm vorgestellten Thesen und Schwerpunkte seiner Arbeit im BMZ im Bericht wieder. Das Monitoring der Stakeholder rundete die endlich wieder in Präsenz stattgefunden Veranstaltung ab.

Wer mehr über das Brandenburger Promotoren-Programm und seiner Stellenprofile wissen möchte, der vertiefe sich in Uwe Prüfers Beitrag „Es promotort weiter“. Mit vier Halbtagsstellen soll die strategische Verknüpfung der von den NGO getragenen entwicklungspolitischen Anliegen und Schwerpunkte mit der Brandenburgischen Entwicklungspolitik der Landesregierung sowie mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes vorangebracht werden.

Für die Kolleg:innen der BREBIT waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie Unglück und Segen zugleich. Schulschließungen und Ausfall des Präsenzunterrichts sorgten dafür, dass etliche Kolleg:innen in andere, bezahlte Jobs abwanderten, ein branchenübergreifendes Phänomen. Allerdings sorgte der damit einhergehende Digitalisierungsschub an Schulen aller Art dafür, dass hierarchische Informationsstrukturen aufgebrochen wurden und rund ein Drittel neue Schulen als Teilnehmer hinzugewonnen werden konnten.

In den folgenden Beiträgen geht es um die Auswirkungen der Mittelkürzungen auf die Arbeit der kirchlichen Promotor:innen, verbunden mit der provokanten Frage, ob diese das Ende des entwicklungspolitischen Engagements bedeuten. VENROB stellt die Ergebnisse seines Bildungsprojekts: Ländliche Regionen in Brandenburg: nachhaltig, weltoffen und solidarisch in die Zukunft vor. Wie man erfolgreich entwicklungspolitische Fragestellungen mit alltäglichen Bedürfnissen wie der Nahrungsmittel-Sicherheit kombiniert, zeigte das FestEssen, das Festival für regionalen und klimafreundlichen Genuss im schönen Werder. Sinnstiftende Antworten zur Arbeit von gut funktionierenden Städte- und Klimapartnerschaften bietet der Bericht über Baruth/Mark und seiner Partnerstadt Murun in der Mongolei. Um Vernetzung, der Vorstellung eines in Baden-Württemberg praktizierten Nachhaltigkeitschecks, Krisenmanagement und nachhaltige Stadtentwicklung geht es im Rückblick auf die 7. Schlossgespräche in Baruth/Mark.

Um den Bogen zum Anfang zu spannen: Klar bin ich sitzen geblieben im Kino und habe mir „Stirb an einem anderen Tag“ angesehen, um festzustellen, dass es weitaus bessere James Bond Filme als diesen gibt.

Potsdam, im Dezember 2022

Heike Möller



Ein bisschen Frieden hier, ein wenig Entwicklung dort??

Selbstverständlich muss in unserer Publikation 2022 Bezug genommen werden zum Krieg. Damit meine ich nicht nur den mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar begonnenen Invasionsversuch. Ja, wie fast alle hierzulande war ich davon überrascht, völlig entsetzt und empört: sofort Aufhören mit dem Irrsinn!! Nach dem Schock kamen die Fragen und das Grübeln.

Warum bewegt dieser eine von gegenwärtig etlichen Kriegen auf der Welt so besonders? Weil er nur drei Dutzend Autostunden von uns entfernt ist? Weil vor erst zwei Generationen Deutsche, Russen und Ukrainer – und noch weitere Millionen Menschen vieler Nationalitäten – im Krieg und an seinen Folgen furchtbar gelitten haben? Weil im Gegensatz zu den spürbaren Auswirkungen der Kriege in Syrien, im Jemen, Libyen..., bei uns das Sonnenblumenöl ausverkauft war, Benzin teurer wurde und nun kalte Wohnungen drohen?

Ich bin mir nicht sicher, ob es so etwas wie einen eigenständigen entwicklungspolitischen Blick auf Krieg gibt. Klar dagegen scheint mir, dass die Darstellung des fundamentalen, unabdingbaren Zusammenhangs von Frieden und allen anderen Aspekten menschlicher Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht überzeugend gelungen ist: Weder in der internationalen Politik noch in unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit oder unseren zivilgesellschaftlichen Kampagnen.

Erinnert sei dabei daran, dass zum Beispiel Willy Brandt 1980 im Vorwort zum Bericht der Nord-Süd-Kommission sehr klar schrieb „Unser Bericht gründet sich auf das wohl einfachste gemeinsame Interesse: Dass die Menschheit überleben will und – wie man hinzufügen könnte – auch die moralische Pflicht zum Überleben hat. Dies wirft nicht nur die klassischen Fragen nach Krieg und Frieden auf, sondern schließt auch ein, wie man den Hunger in der Welt besiegt, wie man das Massenelend überwindet und die herausfordernden Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen Reichen und Armen. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht handelt vom Frieden.“

Jean Ziegler fasste es ähnlich „Hunger, Seuchen, Durst und andere armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gang.“

In den SDGs der Vereinten Nationen als internationaler Rahmensetzung für eine globale zukunftsfähige Entwicklung ist in Punkt 16 als Ziel formuliert: „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.“ Zur Halbzeit der Agenda 2030 zeichnet sich nicht ab, dass dieses hehre Ziel erfüllt wird, wie andere SDGs auch nicht. Womit wir wieder beim Krieg wären als eine der Ursachen dafür, angefangen bei der Blockade gemeinsamer internationaler Anstrengungen u.a. seitens der G20, und bei der Verschärfung des unsäglichen Hungerleidens für 800 Mio. Menschen hört es nicht auf.

Und wie geht es eigentlich dem Klima? UN-Generalsekretär António Guterres wird auf der 27. Weltklimakonferenz zitiert mit „Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle mit dem Fuß auf dem Gaspedal.“ Ca. 40.000 Leute sollen insgesamt bei der COP 27 vom 6. bis 18.11. in Ägypten gewesen sein: die Phalanx der Einsichtigen, Gutwilligen, Zu-mehr-Bereiten war zu schwach für eine starke Bremse. *Die Irrfahrt geht weiter! Wer sind da dabei die Radikalen?*

Eine auf Frieden, Menschenrechte und Einhaltung der planetaren Grenzen orientierte Entwicklungspolitik ist wichtiger denn je. Auch in ihren vielen kleinteiligen Brandenburger Facetten, von denen einige hier im Heft vorgestellt werden. Sie machen Mut und sollen Motivation sein für viel mehr davon. Letztlich wird entscheidend sein, das bisherige „Ein bisschen Frieden hier, ein wenig Entwicklung dort“ schnell und intensiv in eine gesamtgesellschaftliche Transformation zu überführen. Denn es gilt nicht weniger als Kriege, Krisen und Klimakatastrophe gemeinsam zu beenden!

Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e.V.

* Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt. Ziegler, 2003, S. 104.



Praktische Solidarität mit Menschen in- und Geflüchteten aus der Ukraine sowie aus anderen Kriegs- und Krisenregionen. Wir packen es an!



Axel Grafmanns

Geschäftsführender Vorstand „Wir packen's an“

Am 7.11.2022 hat die Preisvergabe des „Band für Mut und Verständigung“ nach zweijähriger coronabedingter Videokonferenz Zeit wieder im Brandenburg Saal der Staatskanzlei in Potsdam stattgefunden. Anwesend waren auch der Ministerpräsident von Brandenburg und die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Woidke und Giffey. Die Vergabe des dritten und letzten Sonderpreises ging an den Verein „Wir packen's an“ aus Bad Freienwalde, also an den Verein, in dem auch ich Mitglied bin. Als die vier Vereinsvertreter:innen, darunter auch ich, auf die Bühne gingen zogen wir unsere Jacken aus, und enthüllten Magenta-farbene T-Shirts mit weißer Aufschrift „Abschiebezentrum BER verhindern“. Auf der Rückseite steht „Solidarität statt Deportation“.

Als der brandenburgische Ministerpräsident Woidke die Blumen übergibt, sagt die Vereinsvorsitzende Tödter „Wir wollen keine Blumen, sondern einen Stopp des Abschiebezentrums!“ und ich weise im live auf der Bühne geführten Interview, auf die Diskrepanz zwischen einem gestifteten Anti-Rassismus Preis dem gleichzeitigen Bauvorhaben eines neuen Abschiebezentrums am Flughafen BER hin. Die Taz schreibt später „....Giffey und Woidke wirken sichtlich angespannt...“¹

Was hat das Ganze mit dem Titel des Beitrages zu tun?

Flucht und Migration nehmen exponentiell zu. Wir erleben das immer schubweise wie jetzt

im Ukraine Krieg, immer dann, wenn es unser eigenes Leben betrifft und die Unsichtbarkeit von Flüchtenden der Sichtbarkeit weicht. Mehr als 1 Prozent der Weltbevölkerung, über hundert Millionen Menschen befinden sich gegenwärtig auf der Flucht. Dabei ist die Zahl flüchtender Menschen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um weitere 13,6 Millionen gewachsen.² Aber wie sieht eine adäquate Antwort auf die rasant steigende Zahl von Flüchtenden weltweit aus?

Die wohlhabenden Staaten antworten mit krasser Abschottung. Im Fall der Ukraine wurde relativ unkompliziert nach §24 Massenzustromsrichtlinie Millionen Ukrainer:innen die Aufnahme in die EU gestattet. Verbunden mit Möglichkeiten der „normalen“ Lebensführung wie beispielsweise der Arbeitsaufnahme. Dem stehen allein in Deutschland ca. 12.000 von Abschiebung betroffene Menschen im vergangenen Jahr gegenüber, und gleichzeitig tausende Menschen an den EU-Außengrenzen, die sich Einlass erhoffen. Wir erleben an der polnisch-belarussischen Grenze, an der kroatisch-bosnischen Grenze, an der serbisch-ungarischen Grenze, im zentralen Mittelmeer und an der griechisch-türkischen Grenze brutale und illegale Deportationen zurück ins Elend, verbunden mit brutaler Gewaltanwendung. Dabei sind offizielle EU-Behörden wie die Grenzschutzagentur Frontex oder auch regionale Grenzpolizeidienststellen wie in Polen beteiligt. Auf Menschen werden Hunde gehetzt, Knochen gebrochen und Menschen

¹ <https://taz.de/Geplantes-Abschiebezentrum-am-BER!/5890361/>

² <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen#>

auf der Flucht ausgeraubt. Beispielsweise berichten so gut wie alle Geflüchteten an der Bosnisch-Kroatischen Grenze von Misshandlungen. Sie versuchen ihr individuelles Recht auf Asyl in der EU durch Grenzübertritte geltend zu machen. Das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Denn die Möglichkeit der legalen Einreise existiert nirgends. Völkerrechtlich sind pauschale Deportationen zurück ohne individuelles Prüfen des Rechts auf Asyl illegal. Die weit verbreitete Praxis ist mittlerweile sehr detailliert dokumentiert – nur ändert sich nichts, sie wird still akzeptiert.

Praktische Solidarität mit Geflüchteten kann viele Facetten haben. Der Grundgedanke bei der Gründung des Vereins im Februar 2020 „Wir packen's an e.V.“ war humanitäres Engagement. Damals haben wir erfolgreich einen Truck mit Hilfsgütern in griechische Elendslager auf den ägäischen Inseln geschickt und damit geholfen, das dortige Elend etwas zu lindern. Doch ein Punkt war uns von Anfang an klar: Es ist nicht mit humanitärer Arbeit getan! Menschen fliehen, weil wie im Fall der Ukraine oder Syrien Krieg geführt wird, und weil deshalb „zu Hause“ nicht mehr existiert. Menschen fliehen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört werden, wie durch den Klimawandel in Pakistan. Menschen fliehen, weil Bürgerkriege wie in Afghanistan, in den kurdischen Gebieten oder im Sudan ein sicheres und perspektivreiches Leben unmöglich machen. De facto ist Flucht also kein Resultat eines Unfalls, bei dem die Geschädigten akut medizinische Hilfe benötigen. Flucht hat immer menschengemachte Gründe wie Klimawandel, wirtschaftliche Not oder militärische Auseinandersetzungen.

Wenn also die Zahlen geflüchteter Menschen steigen, wenn Staaten ihre Grenzen mit aller Macht brutal schließen und das Gesicht vor dem heranziehenden Elend abwenden, dann muss es umso mehr die Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, Solidarität zu praktizieren, und zwar für alle Menschen auf der Flucht! Warum? Weil es zutiefst menschlich und humanistisch ist. Wir leben nicht allein auf dem Planeten!

Will ich praktische Solidarität leben, so kann das natürlich auf humanitäres Engagement beschränkt sein. Sinnvoll ist es aber, wenn diese mit gesellschaftlichem Engagement einhergeht. Ansonsten bleibt Solidarität für Menschen auf der Flucht ein zahloser Tiger, der zwar Symptome bekämpft, aber die eigentliche Ursache außen vorlässt. Sind es „menschengemachte Hintergründe“ die Menschen in die Flucht treiben, so kann versucht werden diese zu ändern oder wenigstens die Resultate der „menschengemachten Hintergründe“ abzumildern, wie auch im Fall der Ukraine durch viele EU-Staaten geschehen.

Praktische Solidarität wird in unseren Verein auf unterschiedlichen Wegen praktiziert. Bei den Sommer- und Wintersammelaktionen kommen viele Freiwillige in unserem Logistikzentrum in Biesenthal zusammen zum Packen und Sortieren. Vorher gaben hunderte Menschen gebrauchte Kleidung, Hygieneartikel und Nahrungsmittel direkt bei Sammelstellen ab, oder schickten ein Paket. Um diese Mammutaufgabe der Hilfstransporte an die EU-Außengrenzen zu bewältigen, benötigt es viele Gruppen im Verein: Ein Team organisiert Spenden zur Finanzierung der Zukäufe und Transporte, ein anderes kümmert sich um die Packorganisation, und noch ein anderes hält den Kontakt zu Partnerorganisationen und klärt Bedarfe. Jeder und jede ist willkommen sich einzubringen, sei es nur für eine Stunde pro Woche oder auch gerne mehrere Tage. Die Bandbreite des Engagements ist groß! Eine Vielzahl von Spender:innen macht unsere Arbeit überhaupt erst möglich.

Jedoch bedeutet eben praktische Solidarität auch, auf das Schicksal von Geflüchteten aufmerksam zu machen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren oder den Moment einer öffentlichen Bühne, wie am 7.11.22 in Potsdam zu nutzen, um wenigstens für einen kurzen Augenblick die Aufmerksamkeit auf diejenigen zu fokussieren, an die sonst niemand denkt und damit gesellschaftliche Transformation zu fördern. Wir unterscheiden dabei nicht, nach „guten Flüchtenden“ und „bösen Flüchtenden“, wie es viele Politiker:innen und teilweise die

Medienöffentlichkeit praktizieren. Wir gehen davon aus, dass Menschen gute Gründe haben, wenn sie fliehen. Und macht es wirklich einen Unterschied, ob ein Mensch verhungert oder eine Bombe auf den Kopf bekommt?

Viele Fluchtursachen liegen im globalen Norden begründet, sei es der Klimawandel oder die Folgen kolonialer Ausbeutung. Wäre es da nicht das Mindeste, die Hand zu reichen, anstatt Zäune zu bauen? Praktische Solidarität auf staatlicher Ebene wäre eine faire Wirtschaftsordnung, ein konsequenter Klimaschutz oder eine Entschädigung der Länder des globalen Südens für die Folgen jahrhundertlanger kolonialer Ausbeutung jenseits eigener, staatlicher Interessen des globalen Nordens.

Praktische Solidarität auf individueller und zivilgesellschaftlicher Ebene bedeutet humanitäres Engagement aber auch ein konsequentes Einsetzen für die Rechte Flüchtender, und sei es, dass eine Bühne gegen ein intransparentes Abschiebezentrum genutzt wird.

In meinem Statement auf der Bühne am 7.11. in Potsdam sagte ich zum Schluss *„Wir wünschen uns gleiche Rechte für alle Geflüchteten, egal ob sie aus der Ukraine, aus Syrien, Afghanistan oder von anderswo kommen“*. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Es geht um eine Balance humanitären Engagements als Akuthilfe und gesellschaftlicher Veränderung als Zielstellung. Eine bessere Welt ist möglich!



Am Montag, 07.11.2022 erhielten wir den Sonderpreis „Band für Mut und Verständigung“ in Potsdam auf Grund unseres zivilgesellschaftlichen Engagements in Anwesenheit des Ministerpräsidenten von Brandenburg Woidke und der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin Giffey.

Positionen aus dem BMZ

Stefanie Scharf und Jochen Steinhilber

Stefanie Scharf, Leiterin des Referats für "Grundsatzfragen Flucht und Migration" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Jochen Steinhilber, BMZ-Abteilungsleiter für Flucht; Krisenprävention; Zivilgesellschaft



Der russische Angriffskrieg bringt Vertreibung und Flucht zurück in das öffentliche Bewusstsein in Europa. Doch die Welt ist schon länger in Bewegung und wird es weiter bleiben. Gewaltkonflikte haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen; der Klimawandel wird Fluchtkontexte wahrscheinlich weiter verschärfen und die globale Konkurrenz um Arbeitskräfte steigt kontinuierlich an. Gleichzeitig polarisiert das Thema wie kaum ein anderes die europäischen Gesellschaften. Was dabei oft übersehen wird: Ein Großteil des Flucht- und Migrationsgeschehens findet in den Ländern des globalen Südens statt. Gemessen am wirtschaftlichen Wohlstand und der Gesamtbevölkerung nimmt Europa nur sehr wenige Schutzsuchende auf. Anstatt abstrakt über das Für und Wider von Flucht und Migration zu sprechen, braucht es konkrete Politikangebote, um Flucht und Migration sicherer und geregelter zu machen – um die Situation von Migrant:innen und Geflüchteten zu verbessern, für eine konstruktive innenpolitische Debatte und um der zynischen Instrumentalisierung von Geflüchteten durch Autokraten wie Putin und Lukaschenko entgegen zu wirken.

Trends

Die Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) markieren wieder einen traurigen Rekord: Mitte des Jahres 2022 waren nach Schätzungen des UNHCR über 103 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht. Das ist die höchste je gemessene Zahl – und eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.

Flucht findet vor allem in Nachbarländer statt – seien es die Länder rund um Syrien oder die Ukraine-Anrainer. Neun von zehn Menschen, die auf der Flucht sind, fliehen in unmittelbare Nachbarstaaten. 84 Prozent aller Geflüchteten werden von Entwicklungsländern aufgenommen, fast ein Drittel aller Geflüchteten finden Zuflucht in den am wenigsten entwickelten Ländern – also in den Ländern, wo die Menschen im Schnitt weniger als 1,25 USD pro Tag zur Verfügung haben.

Flucht findet zudem größtenteils ohne Grenzübertritt statt. Mehr als die Hälfte aller Geflüchteten weltweit (58,4 Mio.) sind innerhalb ihres Heimatlandes vertrieben. Dies gilt in besonderem Maße für Menschen, die sich vor den Auswirkungen des Klimawandels in Sicherheit bringen. Nicht immer ist es eine freie Wahl der Menschen, sich nur innerhalb ihres Landes auf die Flucht zu begeben. Denn die grenzüberschreitende Flucht wird aufgrund einer globalen Konjunktur von Mauern, Zäunen und Abschottung immer schwieriger. Oftmals bleibt nur als Alternative, innerhalb eines Landes sicherere Gegenden aufzusuchen.

Rund 78 Prozent der Geflüchteten weltweit befinden sich in sogenannten Langzeitsituationen, die im Durchschnitt zwanzig Jahre dauern und damit zu einer Dauerangelegenheit mit ganz neuen Herausforderungen für die Geflüchteten und die Aufnahmegemeinden werden. Diese Langzeitsituationen bergen besondere Risiken für Folgekonflikte, zum Beispiel über den gerechten Zugang zu Wasser, und für die soziale Kohäsion von Gesellschaften. Diese Langzeitsituationen verschwinden schnell aus der öffentlichen Aufmerksamkeit, so wie zum Beispiel der Syrienkrieg oder das Schicksal der Menschen in Afghanistan.

Ansätze

Die Gründe für Flucht sind oft nicht monokausal, sondern Ergebnis von sich überlagernden Krisendimensionen, ausgelöst durch Staatsversagen, Gewalt-Eskalationen, Umweltveränderungen und zerstörten Produktions- und Existenzbedingungen. Allerdings sind Krieg, Gewalt, Verfolgung und die massenhafte Verletzung von Menschenrechten weiter Hauptursachen für Flucht, was auch ein Blick auf die Hauptherkunftsländer von Geflüchteten – Syrien, Afghanistan und die Ukraine – bestätigt. Zwar braucht die Transformation von Gewaltkonflikten einen langen Atem und eilt nicht von Sieg zu Sieg. Aber die demokratische und soziale Stabilisierung von Staaten und die Vermeidung von Gewaltkonflikten wird auch zukünftig eine der effektivsten Maßnahmen sein, um Fluchtgründe zu reduzieren. Deshalb arbeitet das BMZ kontinuierlich am Ausbau effektiver Instrumente zur zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Ein wichtiger Fokus wird dabei auf den fragilen Staaten liegen müssen, da sich hier zahlreiche Flucht- und Migrationsgründe am stärksten verdichten. Migrations- und Fluchtursachen sind oft auch das Ergebnis von jahrelanger falscher Politik durch korrupte und autoritäre Eliten. Die weltweite Unterstützung von Demokratisierungsprozessen ist und bleibt essenziell für Friedensbewahrung und Entwicklungsförderung. Demokratisierung ist in vielen Ländern der einzig vorstellbare Weg zur Einhegung des internen Konfliktpotenzials, zur Entschärfung ökonomischer und sozialer Gegensätze und zum Aufbau effizienter politischer Strukturen.

Der Klimawandel führt zu immer mehr Extremwetter – wie zum Beispiel die Flut im Sommer 2022 in Pakistan, die fast 8 Mio. Menschen vertrieben hat – und zu schleichenden Veränderungen wie dem Anstieg des Meeresspiegels. In einigen Gegenden wird aufgrund lang andauernder Hitze- und Trockenperioden künftig keine Landwirtschaft mehr möglich sein. Der Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen, mal schleichend, mal heftig. Darum ist er ein wichtiger Auslöser für Flucht und

Vertreibung – insbesondere da der Klimawandel auch bestehende Konflikte verstärken und damit eine Spirale nach unten in Gang setzen kann. Flucht vor dem Klimawandel wird auch zukünftig vor allem innerhalb von Staaten, vom Land in die Städte und regional stattfinden. Prognosen, wie viele Menschen wegen Klimaveränderungen fliehen werden, sind nur eingeschränkt belastbar – denn diese hängen vor allem auch davon ab, ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt, den Klimawandel zu verlangsamen. Die ärmsten Länder, die am meisten unter dem Klimawandel leiden, haben am wenigsten dazu beigetragen. Dies ist zutiefst ungerecht. Die COP27 in Ägypten hat einen großen Schritt für mehr Solidarität unternommen und einen neuen Fonds für Klimaschäden und Verluste auf den Weg gebracht. Das BMZ leistet zudem mit dem Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken bereits jetzt einen Beitrag für eine sozial und ökologisch gerechte grünen Transformation („just transition“).

Menschen fliehen zuerst in Nachbarländer, die oftmals selbst fragil und arm sind. Es ist deswegen eine entwicklungspolitische Aufgabe, diese Aufnahmeländer zu unterstützen. Dies hat einen dreifachen Effekt: Erstens verbessert es die Unterstützung, den Schutz und die Versorgung von Flüchtlingen. Zweitens beugt diese Unterstützung Folgekonflikten vor und drittens ist es eine Frage der globalen Solidarität, besonders betroffene Länder nicht mit sich allein zu lassen. Das BMZ hat mit seiner Sonderinitiative für Geflüchtete und Aufnahmeländer ein spezifisches Instrument geschaffen, um diesen Dreiklang zu erzielen. Entwicklungspolitischer Anspruch muss es zudem sein, Aufnahmeländer auch in die Pflicht zu nehmen. Viel zu oft nutzen auch Regierungen im Globalen Süden Anti-Flüchtlingsrhetorik, um ihre eigene Macht zu sichern. Umso wichtiger ist globale Solidarität bei der Finanzierung von Langzeitsituationen und bei der Aufnahme von Geflüchteten. Dazu hat sich die internationale Gemeinschaft auch mit dem Globalen Pakt für Flüchtlinge verpflichtet.

Chancen

Nicht nur die Zahl von Geflüchteten weltweit steigt an – immer mehr Menschen entscheiden sich freiwillig und ganz bewusst dafür, umzuziehen und in einem anderen Land eine bessere Zukunft zu suchen. Gleichzeitig steigt in den alternden Gesellschaften des Globalen Nordens der Bedarf an Arbeitskräften. Allein die deutsche Wirtschaft benötigt in den kommenden Jahren mindestens 400.000 Fachkräfte aus dem Ausland. Fehlende Arbeitskräfte könnten zu Kosten für deutsche Unternehmen von bis zu 80 Mrd. jährlich führen. Im Sommer 2022 wurde der Mangel offensichtlich: an Flughäfen fehlten die Mitarbeiter:innen für die Gepäckabfertigung, der Bäcker hat plötzlich nur noch vier Tage die Woche geöffnet und ein Termin für die Installation von Solarpaneelen ist mit monatelanger Wartezeit verbunden. Dieser steigende Bedarf ist für viele Entwicklungsländer eine Chance: sie brauchen Jobs für ihre überwiegend junge Bevölkerung. Jobs, die überlastete Arbeitsmärkte in Entwicklungsländern in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise kaum bereitstellen können. Globale Mobilität führt zudem zu Wissensaustausch und Fortschritt durch Innovation. Das BMZ unterstützt deswegen entwicklungsorientierte Arbeitsmigration, die die Interessen beider Seiten berücksichtigt. Das BMZ setzt sich zudem dafür ein, entwicklungshemmenden Brain-Drain zu verhindern, insbesondere in sensiblen

Bereichen wie dem Gesundheitssektor, und faire Arbeit weltweit zu fördern. Der 2019 verabschiedete Globale Pakt für Migration gibt diese Leitplanken für eine geordnete, sichere und legale Migration vor. Auf dieser Grundlage wird das BMZ in bis zu zehn Partnerländern Zentren für Migration und Entwicklung aufbauen, die zu legalen Migrationsmöglichkeiten beraten und Menschen so qualifizieren, dass sie die passenden Berufsabschlüsse für eine legale Migration mitbringen. Hinzu kommen Pilotvorhaben in Zusammenarbeit mit Partnerländern und deutschen Unternehmen. So werden im Rahmen eines deutsch-tunesischen Projekts Auszubildende der Mechatronik aus Tunesien an die Deutsche Bahn vermittelt. Wichtig bei dieser Art der Zusammenarbeit: die Unternehmen, die von den Fachkräften profitieren, müssen sich an den Kosten angemessen beteiligen.

Aus den Beispielen wird deutlich: Plötzliche Durchbrüche und schnelle Erfolge sind nicht zu erwarten. Aber der politische Umgang mit Flucht und Migration muss endlich den kurzfristigen Krisenmodus verlassen und durch mittel- und langfristige Ansätze ersetzt werden. Um dies in den innergesellschaftlichen Debatten auch durchzuhalten, braucht es mehr denn je politische Aufklärung, Debatten und Begegnungen, unterstützt von der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften, der Diaspora und Kommunen.

Nachhaltigkeit in Zeiten multipler Krisen: Wo stehen wir in Brandenburg?

Ira Matuschke und Ortwin Renn

Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor, Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)

Ira Matuschke, Wissenschaftliche Leiterin der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg, Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)



Wir erleben Zeiten multipler Krisen: Der Krieg in der Ukraine, steigende Energie- und Lebensmittelpreise, hohe Inflationsraten, ein klimawandelbedingter heißer Sommer und ein zu milder Herbst seien hier als Beispiele genannt, die den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zunehmend Sorgen bereiten. Das Thema Nachhaltigkeit rückt dabei oft in den Hintergrund. Jedoch birgt nachhaltige Entwicklung die Chance, das Land krisenfest für die Zukunft zu machen. Brandenburg ist auch im Krisenjahr 2022 nicht stehen geblieben und bewegt sich weiterhin in Richtung Nachhaltigkeit.

Die **Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg** ist ein aktives Kommunikationsforum und ein lebendiges Netzwerk für die vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen im Land Brandenburg. Im Jahr 2022 hat sich die Plattform besonders mit den Themen Brandenburger Wasserressourcen, Kommunen und Digitalisierung beschäftigt. Diese Themen sind Zukunftsthemen für das Land, die mit Engagement von Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Lande, aber auch durch aktive Beteiligung der Bevölkerung angegangen werden müssen, um langfristig Veränderungen zu erzielen. Brandenburg ist trotz seines Gewässerreichtums eines der wasserärmsten Bundeslän-

der Deutschlands, und diese Situation kann sich zukünftig wegen des Klimawandels noch verschärfen. Es gilt mit unterschiedlichen Wassernutzern zu diskutieren, wie die Wasserversorgung in Brandenburg für alle gesichert werden kann und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Ver- und Gebrauch des Wassers dem knapper werdenden Angebot und den Kriterien einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung anzupassen. Ein Fachworkshop der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg zu diesem Thema hat dafür im April 2022 die ersten Weichen gestellt.

Auch die Kommunen des Landes sind in zwei Workshops im Oktober und November 2022 ins Zentrum der Arbeit der Nachhaltigkeitsplattform gerückt: Laut des Rates für Nachhaltige Entwicklung sind 65 Prozent der nachhaltigen Entwicklungsziele ohne intensives Mitwirken der Kommunen nicht zu erreichen. Hier gibt es also viel Potenzial zu heben, doch die Hürden für ambitionierte Reformen in Richtung Nachhaltigkeit sind für Kommunen in Brandenburg hoch. Zum einen empfinden viele politisch Verantwortliche in den Kommunen die Vergabe von Fördermitteln, um nachhaltige Projekte ins Rollen zu bringen, als zu undurchsichtig. Zum anderen ist Nachhaltigkeit in vielen Kommunen noch

immer eine zwar wünschenswerte, aber im Notfall auch verzichtbare freiwillige Leistung und wird selten als eine Verpflichtung aller in der Kommunalpolitik tätigen Personen angesehen. Hier sind vor allem engagierte Kommunalvertreter und -vertreterinnen gefragt, um das Thema Nachhaltigkeit auf die Agenda zu bringen. Auch müssen Kommunen in Brandenburg stärker denn je die Herausforderungen der Digitalisierung meistern, um die Anforderungen der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu erfüllen. Das ist eine Herkulesaufgabe, die Bereiche wie Energie, Mobilität, Gesundheit und Bildung umfasst.

Neben den Fachworkshops haben sich die Mitglieder auch mit den Themen nachhaltiger Unternehmensführung in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt und sich mit den Eckpunkten des Brandenburger Klimaplanes auseinandergesetzt. In den Treffen der Steuerungsgruppe und der Arbeitsgruppen wurden im Verlauf des Jahres eine Reihe von weiteren Themen wie die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg oder die Mitwirkungsmöglichkeiten der Brandenburger Bürger und Bürgerinnen an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für das Land behandelt.

Auch der **Nachhaltigkeitsbeirat** des Landes, der im Jahr 2021 von der Landesregierung berufen wurde und sechs Mitglieder umfasst, hat sich in diesem Jahr intensiv mit dem Thema der nachhaltigen Entwicklung im Land Brandenburg beschäftigt. Zum einen hat der Beirat in verschiedenen Sitzungen die Landesregierung bei der Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie beraten. Zum anderen hat der Beirat zwei Stellungnahmen zu den Themen klimaneutrale Wirtschaft und Brandenburger Wasserressourcen verfasst und an die zuständigen Ministerien übergeben. Der Nachhaltigkeitsbeirat und die Nachhaltigkeitsplattform arbeiten in vielen Bereichen, wie etwa bei der Frage einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung, eng zusammen.

Die **Landesnachhaltigkeitsstrategie** wurde durch die Staatskanzlei weiterentwickelt und ein erster Entwurf wurde im Dezember 2022 den Landtagsabgeordneten vorgestellt. Die Strategie setzt fünf Schwerpunktbereiche für Brandenburg: i) Natürliche Lebensgrundlagen, Umwelt und Natur, ii) Wirtschaft, Arbeit und Innovation, iii) Bildung und lebenslanges Lernen, iv) Gesundheit, Pflege und Prävention sowie v) soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Inklusion. Zusätzlich gibt es eine Anleitung dafür, wie die Landesverwaltung nachhaltiger werden kann. Hier werden Bereiche wie zum Beispiel nachhaltige Beschaffung und Veranstaltungen, nachhaltiger Bau, Sanierung und Betrieb der Landesliegenschaften oder auch die nachhaltige Vergabe von Fördermitteln angesprochen. Im Jahr 2023 soll die Strategie mit Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft diskutiert und nach entsprechender Modifikation verabschiedet werden.

Neben der Landesnachhaltigkeitsstrategie haben verschiedene Landesministerien in diesem Jahr noch weitere Strategien und Pläne erarbeitet und zum Teil verabschiedet. Zu nennen sind hier der Klimaplan, die Energiestrategie 2040, die Mobilitätsstrategie und die Ernährungsstrategie. So sinnvoll wie die Strategien im Einzelnen sind, oftmals ist für die interessierte Öffentlichkeit der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Strategien und Plänen schwer zu erkennen. Auch sind die Prozesse der Öffentlichkeitsbeteiligung, die in den einzelnen Papieren angesprochen werden, vielfach zu abstrakt und unverbindlich. Hier könnte die Landesnachhaltigkeitsstrategie als übergreifende Strategie zu einem höheren Maß an Kohärenz und interministerieller Kooperation beitragen. Auf diese Weise könnte gewährleistet werden, dass der Weg zu mehr Nachhaltigkeit ohne unnötige Umwege beschritten wird. Kurzum: Brandenburg hat sich mit viel Energie und Engagement der Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur gewidmet, aber vieles bleibt noch zu tun.

Aus der Arbeit des 12. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg (RTEP) vom 11.11.2022

Heike Möller

Die gute Nachricht zuerst: Der Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg – die zentrale Schnittstelle zwischen Landesregierung und entwicklungs- und nachhaltigkeitsorientierter Zivilgesellschaft – fand am 11. November 2022 in der Landeshauptstadt in Präsenz statt. Mit dabei waren 39 bekannte und neue Stakeholder aus der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und aus Parteien. Begrüßt und durch den Tag moderiert wurden sie von **Uwe Prüfer** (VENROB e.V.) und **Dr. Irene Heuser**, Referatsleiterin beim Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE).



Und jetzt die schlechte Nachricht: Es bleibt kompliziert! Die angespannte geopolitische Weltlage, verschärft durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen, wirtschafts-, energie- und sicherheitspolitischen Verwerfungen und das alles vor der Drohkulisse des Klimawandels wirft seine Schatten auch auf das alltägliche Leben und Wirken in Brandenburg.

In seiner Begrüßungsrede als zuständiger Staatssekretär im MdFE heißt **Herr Ubbelohde** die Stakeholder herzlich willkommen und spricht ein Dankeschön für deren Engagement aus. Er verweist auf die Bedeutung der Vernetzung und des guten Austauschs zu Erfahrungen sowie auf die Veränderungsmöglichkeiten des Round Table als Ko-Produktion von Ministerium und Zivilgesellschaft.



Zusätzlich zu den weltweiten Belastungen durch die fatalen Folgen der Klimakrise seien die negativen Auswirkungen der Situation verschärfenden russischen Angriffskriegs deutlich sichtbar geworden. Obwohl globale Probleme in der nicht lange zurückliegenden Vergangenheit scheinbar abgenommen hatten, zeige ein Konflikt wie dieser Krieg mit Beteiligten, die weltweite Exporteure von Nahrungsmitteln sind, wie stark wir durch die intensive globale Vernetzung in der Energie und Nahrungsmittelversorgung mittelbar betroffen sind.

Was kann das Land Brandenburg tun? Für ein Bundesland mit begrenzten Möglichkeiten ist es umso wichtiger, die richtigen Schwerpunkte zu setzen und eine konsistente Entwicklungspolitik zu machen. Gemäß seinem Verweis auf die Bildungsaspekte sei Entwicklungspolitik – so Herr Ubbelohde – nicht nur konkrete Auslands-, sondern auch dezidierte Inlandspolitik. Nicht zuletzt, um sich die globalen Themen dieser Welt bewusst zu machen.

Neben den von der Landesregierung geförderten Promotor:innen spricht er auch die Palette des ehrenamtlichen und kirchlichen Engagements an. Das Engagement aller, ohne die das Land seiner Verantwortung in der Entwicklungspolitik nicht gerecht werden könne, zeige, dass Worte nicht nur leere Hülsen seien.

Das MdFE sei dabei, die Entwicklungspolitischen Leitlinien (EPoILL) auszuarbeiten. Diese sollen als strategischer Leitfaden für entwicklungspolitische Aktivitäten dienen. Die Landesregierung und -verwaltung orientiere sich seit der letzten Überarbeitung der EPoILL von 2012

an der Nachhaltigkeit. Jetzt ginge es darum, die Strategie weiterzuentwickeln, Eckpunkte zu bilden, seit 2015 auch im Hinblick auf die Sustainable Development Goals (SDGs). Wichtig seien unter anderem Orientierungspunkte, wie Globales Lernen oder Wirtschaftskontakte mit einem globalen Bezug.

In seinem Bekenntnis für ein weltoffenes Brandenburg ergänzt der Staatssekretär, dass gegenwärtig unter Einbeziehung vieler entwicklungspolitischer Akteure neben den EPoILL auch die Internationalisierungs- und Nachhaltigkeitsstrategie aktualisiert würden.

Im Anschluss wurden drei Punkte diskutiert:

1. **Mobilität – Wasserwirtschaft:**

Christina Katzer von GLOS e.V. (Globales Lernen an Oder und Spree aus Frankfurt/Oder) spricht die Kosten für Mobilität an, im konkreten Fall durch die Ansiedlung des Autobauers TESLA in Grünheide und die Auswirkungen auf den brandenburgischen Wasserhaushalt.

Nachhaltigkeit sei ein Querschnittsthema. Hier – so Herr Ubbelohde – käme es auf die Ausrichtung der Landesregierung an und ob insgesamt beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Gesundheit u.a. die globalen Ziele in Richtung Nachhaltigkeit mitgedacht und eingearbeitet würden. Unsere Gesellschaftsform biete gute Rahmenbedingungen, auch für die Umwelt. Diese seien von den Fachbereichen der Landesregierung beim TESLA-Projekt beachtet und begleitet worden.



2. Schwierige Finanzierungslage im Bildungsbereich:

Aus Brandenburg kämen beim FEB-Programm von Engagement Global die wenigsten Anträge für Bildungsprojekte, so **Uwe Berger**, Promotor Globales Lernen aus Cottbus. Ein Grund dafür seien die fehlenden Landesmittel, die als Drittmittel aufgebracht werden müssten, um weitere Förderungen aus Bundesmitteln zu erhalten. In Berlin und Sachsen beispielsweise geschähe bedeutend mehr. Es bedürfe eindeutig einer Aufstockung der Landesmittel! Dieser Forderung – im Plenum hinreichend bekannt – wurde mit Beifall Nachdruck verliehen.

Staatssekretär Ubbelohde erläuterte die Haushaltssituation und wies auf die leider nötigen Ansätze für Mittelkürzungen für den Haushaltsentwurf 23/24 hin, die allerdings den Bereich Entwicklungspolitik nicht betreffen.

3. Herr **Abdou-Rahime Diallo**, Fachpromotor für Entwicklungspolitik und Migration, gibt zu bedenken, dass immer mehr Menschen die Ansätze und die Wirkung von Entwicklungspolitik anzweifeln. Im Globalen Süden gibt es dazu viele kritische Stimmen, die endlich eine grundsätzliche Entkolonialisierung fordern. Auch müsse es mehr Austausch darüber geben, was in Ländern des Globalen Südens an Nachhaltigkeit passiere. Insgesamt fehle ihm die Wahrnehmung aus der Perspektive des Globalen Südens im Hinblick auf die Ursachen und Verantwortlichkeiten der Krisen. Dafür gab es ebenfalls Applaus aus dem Plenum.

Herr Ubbelohde verweist auf den nach der Mittagspause zugeschalteten Jochen Steinhilber, Leiter der Abteilung „Flucht; Krisenprävention; Zivilgesellschaft“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Dieser könne dazu mehr berichten. Hierzulande müssten aktuelle Kenntnis über afrikanische Länder in der Bildungspolitik vermittelt werden. Als Beauftragter der deutsch-polnischen Beziehungen wisse er über die Bedeutung der Kenntnisse über den jeweiligen Partner. Es sei ein allgemeines Phänomen, dass

viele Sachverhalte weder in der unmittelbaren Nachbarschaft geschweige denn weltweit wahrgenommen würden.

Frau Heuser verweist u.a. darauf, dass Afrika die jüngste Bevölkerung der Welt habe. Sie betonte die Relevanz der Einbeziehung der afrikanischen Perspektiven z.B. im Rahmen der Potsdamer Frühjahrsgespräche der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:).

Man wünsche sich, so Frau **Julia Clausner** vom Verein Brandenburg 21, dass afrikanische Länder nicht nur als Problemfälle, sondern differenzierter gesehen werden. Auch dass es demografisch gesehen ein sehr junger Kontinent sei, könne genutzt werden.

Nach der sehr kommunikativen Mittagspause wird Herr **Jochen Steinhilber**, BMZ-Abteilungsleiter, aus Berlin zugeschaltet.

Als Einstieg in seinen Vortrag nennt er drei Thesen, um mit Sicht auf die Welt die Schwerpunkte seiner Arbeit im BMZ zu skizzieren.

I. Zeitenwende durch den russischen Angriffskrieg

Der russische Angriffskrieg ist zwar eine Zeitenwende für Deutschland und für Europa, aber nicht notwendigerweise für den Globalen Süden. Wirft man den Blick vordringlich auf Deutschland, konstatiert man eine Zunahme von Unsicherheiten in dreierlei Hinsicht:

1. Die Sorge um die persönliche Unversehrtheit, denn mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist der Krieg in Europa zurück.
2. Die Sorge um die Verlässlichkeit von Regeln und gesellschaftlicher Kontinuität, die in einer Krisenkaskade wie der Pandemie, der Klima- und der Energiekrise kaum zu bewältigen scheint.
3. Eine persönliche, existenzielle und soziale Angst vieler Menschen, die nicht wissen,

wie sie angesichts steigender Preise und wachsender Inflation über die Runden kommen sollen.

Diese Gemengelage hat unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit. Sie bestimmt auf der Mikroebene das Engagement vor Ort und auf der Makroebene die Verteilung unserer finanziellen Ressourcen. Daraus folgt, dass das Bedürfnis nach einer Orientierung und einem aktiven Regierungshandeln sehr groß ist.

Eine Zeitenwende ist es für uns vor allem in Fragen von Sicherheitsbündnissen. Warum die Einschränkung mit Blick auf den globalen Süden? Weil die meisten Länder des Globalen Südens zwar unsere Resolution in der Verurteilung des russischen Angriffskrieges mitgetragen, sich in der UNO-Vollversammlung aber enthalten haben. Das ist entscheidend für unseren Blick auf die Welt und unsere Partner. Uns Europäern wird ein gewisses Misstrauen entgegengebracht, das nicht mit unserem Selbstbild als dem guten, regelbasierten Geber übereinstimmt. Das mag man undankbar finden, aber wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Auch die Tatsache, dass Entwicklungsländer Interessen haben, die nicht mit den unsrigen übereinstimmen, ist anzuerkennen. Denn für viele dieser Länder ist die multipolare Welt schon länger Realität: Sie schauen, wo sie den Weizen herbekommen, mit wem sie Handel treiben etc. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass sie etwa Sympathie für russische oder chinesische Ordnungsvorstellungen haben. Sie machen deutlich, dass sich Entwicklungs- und Schwellenländer Optionen freihalten, mit wem sie Handel treiben können, wer ihnen Infrastruktur, Technologie und ja, auch Waffen verkauft.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat mit Blick auf die Ernährungssicherheit massive und drastische Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens. Gleichzeitig bedeutet er keine einschneidende Zeitenwende für sie, sondern ist eine weitere Schicht auf die bestehenden Krisen, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen.

II. Alte Blockkonfrontation oder neue multipolare Knotenpunkte?

Es gibt die These, dass wir in eine neue Blockkonfrontation hineinsteuern – ein bisschen so wie im Kalten Krieg. Dem würde Jochen Steinhilber widersprechen. Ja, wir steuern auf eine neue Konfrontation zwischen Demokratien und Autokratien hin. Aber in unserer stärker polarisierten Welt gibt es eine Vernetzung wie nie zuvor. Dieses Zusammenspiel auf technologischer, handelspolitischer und kultureller Ebene wird weitergehen, aber auch anfälliger werden. Das merken wir an den Informationskrisen (Cyberangriffen / Verbreitung von Fake News / Cybermanipulation) oder den Handelsauseinandersetzungen. Das sind Knotenpunkte, an denen bestimmte Staaten zu intervenieren versuchen, um die Situationen zu ihren Gunsten auszulegen. Dabei gibt es unterschiedliche Strategien. In Europa versuchen wir über unsere Standards andere Länder einzubeziehen. China hat seine infrastrukturelle und handelspolitische Belt-und-Road-Initiative und für die USA geht es in erster Linie darum, Knotenpunkte für die Dateninfrastruktur zu besetzen.

Dann gibt es Russland, das nicht nur in der Ukraine Krieg führt, sondern auch in Syrien und mit einem Söldnerkommando in Mali. Es ist eine Macht, die nicht in der Lage ist, selbst Ordnungsstrukturen aufzubauen, die Anderer aber empfindlich trifft.

III. Entwicklungspolitik wird relevanter

Es geht daher nicht um die Trennung in politische Blöcke, sondern um Gestaltungspolitik. Wie und unter welchen Prämissen gestalten wir Handels-, Migrations- und Technologiepolitik? Ist es eine für alle gerechte Gestaltung oder ein „Jeder gegen Jeden“?

Entwicklungspolitik wird bedeutender und muss sich entsprechend verändern. Der Begründungszwang für ein bestimmtes entwicklungspolitisches Handeln wird zunehmen. Denn das Äußere hat großen Einfluss auf unser Wohlstandsmodell – Stichworte Energiekrise und gestörte Lieferketten. Der Diskurs, dass unsere Gesellschaft nur so stabil sein kann, wie die sie umgebende Welt, muss viel intensiver geführt werden. Dieser Auftrag geht auch an Sie als Teilnehmer:innen dieser Runde, weil Sie als entwicklungspolitische Gestalter genau in diesen Bereichen Ihre Diskurse führen.

Eine entscheidende Debatte, die wir gegenwärtig führen, ist das Verhältnis zu autokratischen Ländern. Wie gehen wir mit ihnen um? Wie geopolitisch soll Entwicklungspolitik sein? Sollen wir zukünftig nur noch deutsche Interessen bedienen? Was ist eigentlich mit diesen Werten? Wie ist das Verhältnis zwischen kurzfristigen Eingriffen und unseren langfristigen Projekten, für die die Entwicklungszusammenarbeit steht? Wir müssen stärker um unsere Positionen ringen und dabei überzeugender werden.

Die Fragen nach unseren Werten und Interessen und wie wir darauf blicken sind im BMZ ein großes Thema und ich glaube, bei Ihnen auch. Das betrifft besonders die Strategiefähigkeit von Entwicklungszusammenarbeit und welche Rolle Interessen dabei spielen. Aus meiner Sicht ist es eine Scheindiskussion, weil Werte und Interessen immer in den Begründungszusammenhang von Politik fließen müssen, nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern in vielen anderen Bereichen auch. Werte und Interessen können, aber müssen nicht zwingend gegensätzlich sein. Ein aus meiner Sicht passendes Beispiel ist, Deutschland möchte die Energiewende vorantreiben und nachhaltige Industriepolitik machen. Dafür braucht es nachhaltige und stabile Lieferketten. Unsere Lieferketten können aber nur so nachhaltig und stabil sein, wie sie das auch im Ausland sind. Schon allein deshalb müssen wir schauen, was in den Ländern passiert. Wie wollen wir diversifizieren, beispielsweise bei den seltenen Erden oder bei der Wasser-

stoffproduktion? Wie können wir die Herstellung und den Bezug von Wasserstoff so organisieren, dass nicht nur ein paar Wenige davon profitieren, sondern möglichst alle und es gleichzeitig zu einem Erfolgs- weil Wohlstandsmodell andernorts wird?

Oder bei der Frage der Arbeitsmigration. Natürlich ist es im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes, Fachkräfte und Arbeitskräfte insgesamt zu bekommen. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, einen massiven Brain-Drain andernorts zu verhindern. Bei der Ausbildung für den deutschen und den heimischen Markt achten wir darauf, Interessen und Werte miteinander zu verknüpfen.

Für die Ministerin ergeben sich daraus vier Schwerpunkte:

Bekämpfung Covid 19–Pandemie und ihre Folgen

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Covid-Krise nicht nur bei uns, sondern vor allem in vielen Ländern des Globalen Südens noch lange nicht ausgestanden ist. Es geht in erster Linie darum, die sozioökonomischen Folgewirkungen sowie eine möglichst gerechte Impfstoffverteilung anzupacken. Dafür haben wir Kriseninstrumente, mit denen wir beispielsweise die Impfkampagnen unterstützen.

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Pandemie und regionalen Konflikten sind die Haushalte und Gesellschaften der Entwicklungsländer schon jetzt massiv belastet. Es ist zu erwarten, dass viele dieser Länder in eine komplette Schuldenkrise rutschen. Auch das ist ein Handlungsschwerpunkt.

Minderung von Hunger und Armut

Die Ernährungskrise, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg, hat die bereits bestehende Hungerkrise verschärft. Die Versorgungskette ist zusammengebrochen durch den weitgehenden Wegfall von Getreide und Düngemittel. Das war ein sehr großer Schwerpunkt unserer Arbeit im ersten Halbjahr. Wir haben ein Bündnis dazu geschmiedet, um

strategischer und rationaler dagegen vorzugehen und unsere unterschiedlichen Agenturen wie das World Food Programme, FAO etc. genauer aufeinander abzustimmen.

Mit unserer Entwicklungspolitik versuchen wir, zügig mittelfristige Lösungen zur Selbsthilfe aufzubauen, um aus diesen Akutsituationen rauszukommen. Humanitäre Hilfe so wichtig wie sie für die Akutversorgung ist – ist im Verhältnis sehr teuer, und wir haben sehr viel mehr Bedarfe, als wir erfüllen können.

Das bedeutet, wir müssen zügig die Reformen in den Agrarsystemen und -märkte vor Ort anstoßen, damit die Grundversorgung funktioniert.

Just Transition

Der dritte Schwerpunkt nennt sich „Just Transition“. Es ist ein Begriff, der aus dem Gewerkschaftsbereich kommt. Sinngemäß heißt er so viel wie „gerechte Übergänge“, die es zu schaffen gilt, um den ökologischen Wandel unter Einbeziehung der sozialen Frage voranzubringen. Legitimität für eine emissionsfreie Wirtschaft gibt es nur dann, wenn sie sozial gerecht funktioniert. Das gilt gleichermaßen für Länder des Globalen Südens wie für die Lausitz!

Ich nenne hier das Beispiel in Südafrika, das ich aus eigener Anschauung kenne. Dort versuchen wir mit sehr viel Geld und G7-Partnern, den Kohleausstieg voranzubringen. Da stellen sich ähnliche Fragen, beispielsweise was es bedeutet, wenn die Arbeitsplätze in den Bergwerken wegfallen? Trotz der schweren und gefährlichen Arbeit ist es für die dort Beschäftigten ein relativ gut bezahlter Arbeitsplatz. Wie können diese substituiert, wie mehr Frauen in Arbeit gebracht und wie die Transformation sozial unterfüttert werden? Die Antworten darauf gelten für alle Bergwerksregionen weltweit.

Der Slogan „Leave no one behind!“ ist mit Blick auf gerechte Übergänge zentral. Denn neben den ökonomischen und sozialen Faktoren kann Transformation nur dann funktionieren, wenn sie demokratische Elemente enthält. Dazu gehört Teilhabe, die Unterstützung von

demokratischen Prozessen etc. Zusammen mit anderen Ländern sind wir dabei, entsprechende Unterstützungsangebote zu entwickeln.

Feministische Entwicklungspolitik

Es ist die feministische Entwicklungspolitik, die mich besonders umtreibt. Die Ministerin hat bewusst den Topos Feminismus verwendet. Damit zielen wir darauf ab, die drei „Rs“, nämlich Rechte, Ressourcen und eine bessere Repräsentanz von und für Frauen zu fördern. Die Empirie ist auf unserer Seite. Es ist eindeutig feststellbar, dass beispielsweise Friedensabkommen bedeutend länger halten, wenn Frauen adäquat daran beteiligt sind.

Um zu einer handlungsfähigen, feministischen Entwicklungspolitik zu kommen, muss das mit den politischen Partnern wie der Weltbank u.a. durchgefochten werden. Ich bin absolut davon überzeugt, dass wir unsere Entwicklungsziele, sei es bei der Gesundheits-, der Sicherheits-, der Wirtschafts- und auch der Technologiepolitik nur erreichen können, wenn Frauen an Entscheidungsprozessen mit Ressourcen und Rechten ordentlich beteiligt werden. Frauen haben beispielsweise in vielen Ländern keine Rechte, Land zu erwerben. Das ist ein Punkt, an dem man ansetzen muss wie in vielen anderen Bereichen auch.

Diskussion

In der folgenden Diskussion geht es um Aktuelles wie der Haltung Deutschlands zur gegenwärtigen Situation im Iran speziell vor dem Hintergrund der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik. So wird nach der Drosselung des iranischen Internets gefragt. Zum anderen wird gefragt, ob man sich im BMZ der Demonstrationen gegen die derzeitige Entwicklungszusammenarbeit und -politik von Frankreich und damit auch der EU in Mali bewusst ist im Kontext von Dekolonisierung.

Der Iran – so Steinhilber – ist kein Partnerland der Entwicklungszusammenarbeit, folglich gibt es keine entwicklungspolitische Bezie-

hung zum Iran. Wir unterstützen nicht explizit die iranische Frauenbewegung, das würde ihr auch nicht unbedingt guttun, aber wir schaffen Sichtbarkeit für Proteste hier in Deutschland. Wir sondieren die Lage, um ein klares Bild zu bekommen. Über bestimmte Kanäle und in unsere Browser eingebaute Plug-Ins können iranische Kolleg:innen den Thor-Server oder Applikationen nutzen, wenn das Internet runtergefahren wird. Die Frauenbewegung ist in der Tat keine spontane Bewegung, sondern schon seit langem eine Herzkammer der iranischen Zivilgesellschaft.

Stichwort Dekolonialisierung: Frankreich macht über weite Strecken eine andere Entwicklungspolitik als wir. Ein Blick auf die Partnerorganisationen hilft, um zu erkennen, was besser gemacht werden kann. Dabei ist die bilaterale Zusammenarbeit nur ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Es geht auch um multilaterale Zusammenarbeit und mit Zivilgesellschaften vor Ort, wo wir mit unserem breit gefächerten Instrumentarium einen anderen Ansatz haben. Dabei müssen wir uns genau überlegen, welche Instrumente vor Ort wirken und funktionieren. Wir haben auch gegenüber den Promotor:innen deutlich gemacht, dass wir keine kompletten Dekolonialisierungs- und Anti-Rassismusprogramme finanzieren, dafür sind andere zuständig, aber durchaus einzelne Programmeinheiten darin unterstützen.

Die Entwicklungspolitik überlegt sich genau, welches Regime unterstützt wird und mit welchem eine Zusammenarbeit möglich ist.

In der zweiten Runde kommt die Frage nach dem nationalen Wettbewerb um Ressourcen und Mittel in Deutschland und die spezielle Ausrichtung des BMZ diesbezüglich. Mit Blick auf die Situation vor Ort und das Promotorenprogramm wird darauf hingewiesen, welcher großen und nicht immer sichtbaren Input das Programm beispielsweise in einem Flächenland wie Brandenburg hat. Zu den gegenwärtigen Krisen insbesondere der Ernährungskrise stellt sich die Frage, inwieweit es eine weitere Allianz neben den G7 auf internationaler und EU-Ebene gibt.

Die Krisen und die damit verbundene Ressourcenfrage gehen an den Haushalten auch in Deutschland nicht spurlos vorüber, konstatiert Steinhilber. In der Entwicklungszusammenarbeit muss deshalb stärker fokussiert werden. Zum einen braucht die EZ mehr Zwillingsprojekte mit Anschlussfähigkeit an deutsche Interessen und Werte. Dazu gehört es auch, legale Migrationswege mitzugestalten. In Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer sind in mittlerweile 10 Ländern Zentren für Migration und Entwicklung im Aufbau begriffen. Wir wollen einige Pilotprojekte schaffen, diese in die Praxis umsetzen und dann skalieren.

Auf absehbare Zeit haben wir mehr damit zu tun, uns in die Lage zu versetzen, die Bekämpfung von akuten Krisen jenseits der humanitären Hilfe z.B. in Syrien oder im Jemen mit Kriseninstrumenten voranzutreiben, um möglichst schnell stabile Strukturen zu schaffen.

Eine viel bessere internationale Arbeitsteilung ist hier gefragt, denn nicht jedes Land muss alles machen.

Das Promotorenprogramm und die entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist und bleibt sehr wichtig und wird vom BMZ weiter unterstützt, so Steinhilber. Sie ist wichtig, auch um den gesellschaftlichen Diskurs mitzuprägen in Fragen zu Demokratie, Rassismus und Antirassismus, Dekolonisierung und Außenpolitik. Diese Themen werden in Deutschland zukünftig eine viel größere Rolle als bisher spielen. Denn wenn Deutschland mehr beitragen und bewirken will, muss es einen stärkeren europäischen und internationalen Fokus setzen. Das setzt voraus, dass es auch in der Gesellschaft einen intensiveren Diskurs über internationale Themen geben muss. Dafür schafft das Promotorenprogramm den Resonanzboden in der Zivilgesellschaft. Die Ministerin hat einen klaren Fokus auf internationale Organisationen und auch auf Europa gelegt. Das wurde aus Sicht des BMZ in den letzten Jahren stark vernachlässigt. Wir können als Partner auf der europäischen Ebene sehr viel bewirken, auch wenn die politischen Konstellationen in den

Hauptstädten Europas eine Zusammenarbeit nicht immer einfach macht.

Das Moderatorenteam bedankt sich bei allen Beteiligten und leitet zum nächsten Teil über.

Im Anschluss skizziert Dr. Irene Heuser den Ablauf der Fortschreibung der EpolLL, wozu sich die Brandenburger Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vom November 2019 verpflichtet hatte. Darin explizit erwähnt werden der Ausbau der Nord-Süd-Partnerschaften, die verstärkte Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Zusammenarbeit unter anderem mit den Umweltverbänden und dem Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENROB). Der „Round Table Entwicklungspolitik“ soll fortgesetzt und mit der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats verzahnt werden.

Nach derzeitiger Planung soll bis zum 1. Quartal 2023 ein erster Entwurf innerhalb der Landesregierung erarbeitet und ab März/April 2023 mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft begonnen werden. Frühestens im 2. Quartal rechnet man mit der Fertigstellung der EpolLL, die dann im 3. Quartal 2023 im Kabinett beschlossen werden könnten.

Bezüglich der Laufzeit jeweils gültiger EpolLL und ihrer rechtlichen Bindung konstatiert Irene Heuser, dass sich theoretisch natürlich jede Koalition neue EpolLL schaffen könne und sie rechtlich nicht bindend seien, weil sie die Leitlinien der jeweiligen Landesregierung sind. Allerdings böten sie Orientierungspunkte für das Regierungshandeln und begleiteten dieses strategisch in den relevanten Politikfeldern mit Fokus und Kontinuität.

Nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit von Michael Preuß vom MBSJ brauche die Zivilgesellschaft mehr Zeit, um ihren Beitrag zu leisten. Darüber hinaus sei eine den Prozess begleitende Diskussion erforderlich, um die Themen der EpolLL in Gesellschaft und Regierung auf allen Ebenen voranzubringen.

Die globale Dimension werde zudem längst nicht überall mitgedacht, resümiert Irene Heuser, insofern bestehe noch Handlungsbedarf.

Berichte aus den Ressorts

Die Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS)



Frau **Leonie Eilers** befasst sich in der Staatskanzlei mit der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie (LNHS). Ein erster Entwurf befindet sich in der innerministeriellen Abstimmung der Landesregierung. Geplant ist damit Anfang 2023 in die Öffentlichkeitsbeteiligung einzusteigen und Impulse aufzunehmen. Man richte sich inhaltlich auf der Grundlage der Agenda 2030 an den SDGs aus. Das Fundament zur Umsetzung der Agenda 2030 auf Landesebene sind die landespolitischen Fachstrategien. Es wird daran gearbeitet, Verbindungen zwischen den SDGs und den landespolitischen Fachstrategien herzustellen und zu analysieren, wo es Lücken und somit Handlungsbedarfe gibt. In Anbetracht der unterschiedlichen Fachdisziplinen ginge es u.a. auch darum, unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und kulturellem Wandel eigene Handlungsmöglichkeiten für mehr Nachhaltigkeit herauszustellen und als Ziele zu setzen, z.B. beim Thema Wasser.



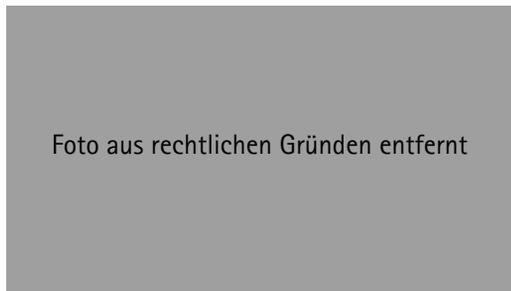
Frau Eichenberg aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) berichtet, dass ihre Behörde besonders zum Thema Entwicklungspolitik durch die Aufgabenstellung Nachhaltige Entwicklung und

BNE betroffen ist. Diese politischen Querschnittsthemen ohne gesetzliche Grundlagen müssen sich wie die Aufgabenstellung internationale Kooperationen selbst auch im Hinblick verfügbarer Personalkapazitäten und finanzieller Ressourcen zur Bearbeitung in einem Fachministerium immer wieder durchsetzen. Ohnehin ist der Grad der Zuständigkeit die Epoll betreffend, auf Landesebene nach ihrer Meinung nur noch marginal. Es wird überwiegend die nationale Ebene angesprochen. Das MLUK will das Verständnis zu globalen Entwicklungen innerhalb Brandenburgs fördern. Deshalb konzentrierte man sich auf die Vernetzungen über die Nachhaltigkeitsplattform und die Servicestelle BNE. Hier hat das MLUK Strukturen geschaffen, die mit Hilfe von Fachveranstaltungen, Qualifizierung und Gesprächsplattformen die Arbeit der NGOs und weiterer Akteure unterstützen sollen. Nicht die großen Strategien seien ihr Thema, sondern konkretes Arbeiten mit der Zivilgesellschaft und den NGOs. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch das MLUK ist begrenzt, da die Landesmittel benötigt werden, um EU-Mittel nutzen zu können. Da die Etats der Landesmittel nie üppig sind, sollten auch in Zukunft Mischfinanzierungen u.a. mit nationalen Mitteln favorisiert werden. Frau Eichenberg betont, dass ihr Beitrag kein Monitoring ist, sondern ein Versuch, die Rolle des Ministeriums und seiner Verwaltungsprozesse darzustellen. Auch dafür gab's Applaus.



Herr **Michael Preuß** aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) wirft ein Schlaglicht – stellvertretend für eine Reihe anderer Projekte – auf das seit 22 Jahren vom MBS unterstützte Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“. Dabei handelt es sich um ein niederschwelliges Jugendfreiwill-

igenprogramm, welches jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren Aufenthalte zwischen drei Wochen und drei Monaten in Ländern des Globalen Südens in Afrika, Asien bzw. Lateinamerika ermöglicht und dieses auch im Austausch (Reversekomponente). Das MBS hat seit seinem Start 2000 die Maßnahme mit jährlich ca. 20-43.000 Euro gefördert und etwa 20 bis 30 jungen Menschen p.a. einen Reisekostenzuschuss von 600 bis 1.300 Euro gewährt. Mittlerweile nutzen auch neue Partner:innen das Programm.



Herr **Uwe Berger** stellt das von einem diversen Autor:innenteam bei Carpus e.V. herausgegebene Buch zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) vor. Es bietet Inspirationen für Lehrende für einen transformativen Unterricht. Der Verein hat in diesem Jahr Lehrkräfte-Bildungsmodule angeboten, die v.a. damit gearbeitet haben. Es ist sehr gut angenommen worden. Das im Oktober erschienene Werk kann sowohl kostenfrei über open access abgerufen als auch direkt von Carpus e.V. bezogen werden. Für sein vorbildliches Engagement und die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland habe der Verein Carpus e.V. vor kurzem die Nationale Auszeichnung BNE der Deutschen UNESCO-Kommission und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhalten.



Für die Hochschullandschaft sieht **Frau Lebherz**, zuständig beim Ministerium für Wis-

senschaft, Forschung und Kultur (MWFK) in Grundsatzangelegenheiten der Hochschulen nur bedingt gemeinsame Handlungsfelder für eine Zusammenarbeit bei den EpolLL, aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Hochschulautonomie. Die Hochschulen im Land Brandenburg haben bundesweit einen der größten Anteile ausländischer Studierender (18 Prozent), wobei der Schwerpunkt auf den osteuropäischen Ländern liegt. Die Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden ist marginal, obwohl das Thema durchaus präsent ist. Viele Hochschulen haben diverse Partnerschaften zu anderen Hochschulen in Ländern des Globalen Südens. Studierende aus nicht-europäischen Ländern benötigen, um in Brandenburg studieren zu können, ein Studi-Visum, welches voraussetzt, dass Studierende auf einem Sperrkonto eine Summe von knapp über 11.000 € überweisen. Davon unabhängig gibt es ähnlich einem Studienkolleg das Programm ESiSt, welches einen Verbund aller brandenburgischen Hochschulen und Universitäten darstellt, in dessen Rahmen internationalen Studieninteressierten der Erwerb einer landesweiten gültigen sprachlichen und fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung ermöglicht wird.



Frau Küster vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) begrüßt den Vorschlag von Uwe Berger, Klarheit in die Finanzierungsmöglichkeiten existierender Bundes- und Landesmittel sowie der EU im Rahmen einer Veranstaltung zu bringen. Das schließt z.B. Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU ein.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Anzahl geflüchteter und vertriebener Menschen weiter hoch bleibt und eine Trendumkehr nicht in

Sicht ist. Brandenburg hat bisher allein 2022 rd. 36.000 Menschen aufgenommen. Im Vergleich dazu waren es 2015/16: 25.000/9.000 und in den Jahren danach ca. 3.000 bis 4.000 Menschen pro Jahr. Die Unterbringung der Menschen ist aktuell die größte Herausforderung, will man nicht auf Turnhallen o.ä. zurückzugreifen. Im weltweiten Vergleich nehmen allerdings Länder wie Jordanien und der Libanon in Relation zu ihrer Bevölkerung sehr viel mehr Menschen aus ihren Nachbarländern auf. In diesen Ländern werden deshalb in Zusammenarbeit mit UNHCR sogenannte Resettlement Programme durchgeführt. Das Land Brandenburg führt seit dem Jahr 2021 ein solches für den Zeitraum 2021-24 aufgelegtes Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete einschließlich Kriegsflüchtlinge und Angehörige verfolgter Minderheiten im Erstaufnahmeland Jordanien durch. Über das Landesprogramm finden jährlich rund 200, vom UNHCR nach Vulnerabilitätskriterien vorgeschlagene, Geflüchtete nach einem mehrstufigen Auswahlprozess Aufnahme in Brandenburg.

Herr Berger kommentiert, dass an Schulen händierend nach Lehrkräften mit Arabisch-Kenntnissen gesucht wird. Hier besteht dringender Handlungsbedarf innerhalb der Ministerien bezüglich der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und entsprechender Gewährung von Arbeitserlaubnissen.



Frau **Vera Fiebelkorn** von der Stabsstelle IntKom des Ministeriums der Finanzen und für Europa (MDFE) skizzierte zunächst die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit, wie sie sich in der Projektförderung darstelle. Im Hinblick auf die eigenen Aktivitäten der Stabsstelle IntKom verwies sie auf die Dialogreihe „GlobalLokal“, deren Fortführung u.a. mit

der Staatskanzlei und dem MLUK erörtert werden soll. Ferner berichtete sie über die Beteiligung des Ministeriums bei den „Eberswalder Nachhaltigkeitsgesprächen“ und den „Baruther Schlossgesprächen“. Ein Schwerpunkt im Jahr 2022 bildete die Förderung des Jugendaustauschs zu entwicklungs- und europapolitischen Themenstellungen.



Frau **Alisa Trojansky**, Referentin für Europapolitik im MdFE berichtet, dass Brandenburg derzeit an dem Pilotprojekt „Decentralised Development Lab“ (Laufzeit 2021–2023) im Rahmen des „Bund-Länder-Programms Entwicklungszusammenarbeit“ der GIZ teilnimmt. In diesem Projekt nutzen regionale Akteur:innen im Globalen Norden und im Globalen Süden gemeinsam Methoden der Start-Up-Welt, um praktische Lösungen für regionale Herausforderungen zu entwickeln.

Brandenburg bearbeitet im Rahmen des Projekts gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Ruanda sowie La Libertad (Peru) die Förderung weiblichen Unternehmertums im ländlichen Raum als Herausforderung. Neben dem MdFE ist auch die Industrie- und Handelskammer Potsdam beteiligt. Als Teil des Projekts entwickeln ruandischen Entwicklerinnen gemeinsam mit einer deutschen Stiftung die Online-Plattform „Becoming Nala“. Diese soll Gründerinnen in ländlichen Räumen Ruandas unterstützen, beispielsweise durch Mentoring und e-Learning. Aufbauend in den in Ruanda gewonnenen Erkenntnissen könnten solche Angebote mittelfristig auch in Brandenburg Anwendung finden.

Christina Katzer berichtet über die Fortbildungsmöglichkeit für Multiplikator:innen zur Fasten-Aktion von Miserior 2023. Projektland ist Madagaskar und das Thema lautet: Frau. Macht. Veränderung. Seit Gründung des Vereins

Zaza Faly e.V. sind Kinderrechte und das Straßenkinderprojekt Thema der Bildungsarbeit.



Frau **Stefani Reich** von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, berichtet von der Förderung entwicklungspolitischer Projekte von Nichtregierungsorganisationen, von der Zusammenarbeit mit Partnern der Entwicklungszusammenarbeit und den Schwerpunkten der Berliner Entwicklungspolitik. Sie verweist auf die Publikation „Berliner Entwicklungspolitik: Strukturen, Themenfelder, Perspektiven“ (<https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/europa-und-internationales/landesstelle-fuer-entwicklungszusammenarbeit/lez-und-partner/artikel.94895.php>).

Kurze Berichte zur Arbeit von NGOs und anderen Stakeholdern, die im entwicklungspolitischen Bereich tätig sind

Über Neues von der BREBIT berichtet **Birgit Mitawi**. Gegenwärtig finden die 19. Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) statt. Bisher gibt es etwa 150 Buchungen von 49 Schulen im ganzen Land Brandenburg. Mehr als die Hälfte aller Projektstage werden von den 30 Referent:innen an Grundschulen durchgeführt.

Unsere Referent:innen gelangen im Herbst immer wieder an ihre Kapazitätsgrenzen, da zeitgleich in mehreren Bundesländern entwicklungspolitische Bildungstage durchge-

führt werden. Darum haben wir die 19. BREBIT erstmals für ein ganzes Schuljahr ausgeschrieben.

Die BREBIT-Projekte schaffen Lernräume, um globale Zusammenhänge zu reflektieren und den Umgang mit Komplexität, Unsicherheit und Unrecht zu üben. Dabei ist es uns wichtig, insbesondere Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden in die thematische Arbeit einzubeziehen.

Wir haben festgestellt, dass das Finden und auch das Nutzen von Perspektiven aus dem Globalen Süden und damit die Umsetzung des didaktischen Anspruchs der Multiperspektivität eine Herausforderung in der pädagogischen Praxis darstellt. Hier wollen wir unterstützen und sind gerade dabei, eine Sammlung von Links, Materialien und Zitaten, ergänzt durch didaktische Hinweise zu erstellen, um Lehrkräften und Referent:innen ein praxisnahes Tool auf der Webseite: www.brebit.org zur Verfügung zu stellen. Ab Februar 2023 sind die Materialhinweise, die Perspektiven aus dem Globalen Süden stark machen, zum Jahresthema der BREBIT 2022/2023 abrufbereit. Geplant ist es, die Sammlung in den kommenden Jahren fortzuschreiben."

Frau **Tina Gierth** von ESTARuppin berichtet über den Aufruf, den sie im Oktober 2021 in der Region verschickten mit der Bitte, sich Aktionen und Veranstaltungen zu überlegen. Nach einem ersten Vernetzungstreffen mit großer Beteiligung im November 2021 wurden entsprechende Strukturen aufgebaut, Visionen entwickelt, ein Name gefunden und eine Webseite aufgebaut und das alles ohne Fördergelder. Spenden für Druckkosten etc. wurden mit der FairNetzBar (eine ländliche mobile WanderSolibar mit nachhaltigem Input) ab April 2022 eingesammelt. Allerdings hätte sich ohne ihre Anstellung bei ESTAruppin und dem WSD-Programm (Weltoffen, Solidarisch, Dialogisch) die Organisation nicht verstetigt, die Menschen und Aktionen im Flächenland Brandenburg nicht koordiniert und gleichzeitig inhaltlich gearbeitet werden können. Seit Februar 2022 gibt es die Kampagnenzeitung, das „Wandelblatt“. Seit Juli 2022 ent-

wickelt sich das Projekt „Wasser pflanzen“ – Baumpflanzaktionen und Bildungsangebote rund um Bäume und Wasserkreislauf. Knapp 1.000 Bäume konnten mit Hilfe verschiedener Akteure/Einrichtungen in der Region gepflanzt werden. Von August bis Anfang Oktober fanden über 40 Veranstaltungen statt. Bis jetzt ist „Zukunft MitMachen“ aktiv, das Netzwerk macht weiter, wie genau wird im Dezember besprochen.

Auch wenn man mit vielen Problemen zu tun habe, passiere grundsätzlich eine Menge, so Herr **Kilian Kindelberger** von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG e.V.) in seinem Kurzbericht über eine der derzeit aktivsten Partnerschaften in Potsdam – das entwicklungspolitische Leuchtturmprojekt der Städte- und Klimapartnerschaft mit Sansibar-Stadt. Der Oberbürgermeister von Sansibar Stadt kam diesen Herbst nach Potsdam anlässlich des mittlerweile fünfjährigen Bestehens der Städtepartnerschaft. Obendrein fand z.B. ein Austausch der beiden Botanischen Gärten sowie der Naturkundemuseen in Potsdam und Sansibar statt. Es gibt mehrere rege Schulpartnerschaften und die Frauenfußball-Teams beider Städte stehen weiterhin in gutem Kontakt.

Ab 22. November wird in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam eine Fotoausstellung über Sansibar zu sehen sein, die durch Ehrenamtliche des Freundeskreises Potsdam-Sansibar und dem Grafiker Ralf Matscheroth auf die Beine gestellt wurde.

Anfang November trafen sich koordiniert von der BBAG zum mittlerweile 12. Mal bundesweit die Freunde Mozambiques.

Für den Leiter des Fachbereichs Unternehmensförderung an der IHK Potsdam, Herrn **Torsten Stehr**, spielen Wirtschaft und Handel als Komponenten bei der Entwicklungszusammenarbeit mittlerweile eine wichtige Rolle. Seit 2012 gebe es einen EZ-Scout, mit dessen Hilfe man sich beizeiten bei der Mittelbeschaffung um eine Zusammenarbeit mit der GIZ bemühe und prüfe, wie sich Brandenburger Unternehmen in die regionale Wirtschaftsentwicklung in Ländern des Globalen

Südens einbringen können. Beispielsweise bei der Ausbildung: Nach Rückkehr einer Delegation von einer Reise nach Sansibar war das konkrete Ergebnis ein „Train-the-Trainer-Programm“ zu entwickeln, das die IHK im Rahmen der Partnerschaft mit Sansibar seither in Teltow angeboten hat. Nach 6–8 Jahren gibt es mittlerweile ein entsprechendes Trainingscenter auf der tansanischen Insel.

Auch zum Lieferkettengesetz bietet die IHK Potsdam seit einiger Zeit einen Pilotkurs an, der mittlerweile bundesweiter Standard geworden sei. Außerdem gebe es Mikro-Kooperationsbörsen für afrikanische und lateinamerikanische Kooperationen, Round Tables zur MENA-Region und Westafrika. Angesichts knapper werdender Mittel, wie schon von Herrn Steinhilber angekündigt, sei man sich darüber im Klaren, dass diese effizient eingesetzt werden müssten, um bestehende und neue Projekte, die an der Lösung von entwicklungspolitischen Zielen mitwirken, fördern zu können.

Das Programm Bildung trifft Entwicklung (BtE) von Engagement Global hat im letzten Jahr über 150 Bildungsveranstaltungen des Globalen Lernens im Land Brandenburg durchgeführt, so **Joachim Kobold**, Projektleiter bei Engagement Global und zuständig für diverse Bildungsprogramme. Davon wurden ca. 70 Angebote auf der Landesgartenschau Beelitz im Grünen Klassenzimmer des slawischen Dorfes von Schulklassen besucht. Zusätzlich informierten mehrere Referentinnen vom 30. Mai bis zum 4. Juni 22 über die Arbeit und Angebote von BtE und Engagement Global allgemein am 17 Ziele-Mobil die Besucher:innen der Landesgartenschau. BtE steht in Kontakt mit der Gemeinde Beelitz und der Grünen Liga, mit dem Ziel, das Grüne Klassenzimmer als außerschulischen Lernort in Zukunft weiter zu nutzen. Mehr Informationen unter <https://www.bildung-trifft-entwicklung.de/bbb.html>

Gemeinsames Essen verbindet! Frau **Simone Holzwarth** von Stadt-Land.move e.V. und Herr **Andreas Teuchert** vom Halle 36 e.V. berichten über das am Wochenende des 8. und 9. Oktober stattgefundene FestEssen – Festival

für regionalen und klimafreundlichen Genuss initiiert und durchgeführt vom Ernährungsrat Havelland und dem in Werder ansässigen Verein Stadt-Land.move. Auch Dank des schönen Herbstwetters kamen rund 4.000 Menschen auf den Marktplatz der Insel und konnten sich in verschiedenen Workshops und Mitmachwerkstätten über die globalen Zusammenhänge unseres Ernährungssystems, Ernährung und Klimawandel und Auswirkungen von Krieg und Krisen auf die Ernährungssituation in verschiedenen Ländern des globalen Südens informieren. Somalis und Brandenburger kochten gemeinsam und tauschten sich während des gemeinschaftsstiftenden Essens auch zu den hierzu relevanten politischen Zusammenhängen aus. Trotz des Erfolges der Veranstaltung bleibe es weiterhin eine Herausforderung, diese Themen an die Menschen vor Ort heranzubringen. Die Anfrage, ob man das Konzept auch im Rahmen des Baumbüchsenfestes umsetzen könne, böte dazu die nächste Gelegenheit. Ausführlicher dazu im Beitrag „FestEssen“ im Heft.

Herr **Abdou-Rahime Diallo** berichtete von der Etablierung eines „Dach“-Gremiums von migrantischen Netzwerken in Brandenburg, u.a. mit den Strukturen von MIR, DAMOST und NeMiB. Dem vorausgegangen sind langjährige Versuche in schwieriger Gemengelage unterschiedlichster Interessen der Verbände und Vereine. Daher wird zunächst keine Rechtsform und keine Gremienwahlen angestrebt, sondern es werden Aufgaben nach Kompetenzprinzip übernommen. Diese Zusammenarbeit hat auch großes Potenzial für entwicklungspolitische Themen und ist ein großes Lernfeld für Interkulturalität und Interreligiösität.

Das Vorhaben von VENROB, sich stärker den entwicklungspolitisch interessierten oder bereits engagierten Akteur:innen in den ländlichen Regionen Brandenburgs zuzuwenden, ist im Sommer 2021 gestartet, berichtet Frau **Nora Lust**, die Projektleiterin. Die Kernaktivität war auch im diesjährigen Projekt die Durchführung der Bildungs- und Dialogveranstaltungen. Deren Zielsetzung ist es, den vorhandenen Akteur:innen fachliche Qualifikation

und einen Raum für moderierten Austausch oder Planungen anzubieten. Zum anderen versuchen wir dadurch und auch außerhalb der Veranstaltungen, ihre Einbindung in vorhandene entwicklungspolitische Strukturen Brandenburgs und deren Vernetzung untereinander zu fördern. Wir blicken auf gut besuchte, erfolgreiche Veranstaltungen in Werder/Havel und Biesenthal (BAR) zurück, freuen uns über den erfolgten Zuwachs an Netzwerkpartner:innen und hoffen auf ein Folgeprojekt, um diese Prozesse weiter zu führen. Eine ausführlichere Darstellung der durchgeführten Veranstaltungen findet sich im Heft ab Seite 34.

Frau Dr. Heuser und Herr Prüfer fassen abschließend die wichtigsten Aspekte des 12. Treffens zusammen:

- Der RTEP hat sich erneut und wieder in Präsenz tagend als lebendiges Forum des Austauschs der Stakeholder erwiesen.

- Der Krieg in der Ukraine hat die Notwendigkeit und Dringlichkeit für Frieden und nichtmilitärische Konfliktlösungen als Grundvoraussetzungen von globaler Entwicklung deutlich gemacht.
- Die vielfältigen Kompetenzen der RTEP-Stakeholder werden für die Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien 2023 einbezogen werden.
- Die Steuerungsgruppe des RTEP greift die Probleme und Impulse hinsichtlich der Finanzierung von entwicklungspolitischer Arbeit auf und beteiligt sich an Überlegungen und Aktivitäten zur Verbesserung der Situation.

Mit herzlichem Dank an alle Stakeholder beendet das Moderationsduo das 12. Treffen.



Es promotort weiter. Das Promotor:innenprogramm Brandenburg 2022 – 2024

Uwe Prüfer

*Landeskoordinator des Eine-Welt Promotor:innen
Programms in Brandenburg*



Die neue Phase des bundesweiten Eine-Welt-Promotor:innenprogramms (PP4) begann im Januar 2022 in Brandenburg leider auch mit einem Abschied: Durch die Kürzungen der Finanzmittel auf der Bundesebene konnte das Programm „Stärkung der regionalen und kirchlichen entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit“ mit fünf Kolleg:innen nicht fortgeführt werden. Damit brach ein „Schwester“programm weg, das sich mit „Weltoffen. Solidarisch.Dialogisch“ und dem hier beschriebenen Programm zusammengefügt und über Jahre erfolgreich kooperiert hatte (siehe FEB H. 11/2021 und Artikel Julia Wasmuth in diesem Heft).

Ab 2022 sind im PP4 im Land Brandenburg folgende (Teilzeit)Stellen für Fachpromotor:innen mit einem Gesamtumfang von 4,6 Vollzeit-äquivalenten eingerichtet:

- Globales Lernen als Transformative Bildung: bei Carpus e.V. Mit praxisbezogenen Angeboten für Schulen und für die Qualifizierung von Lehrkräften.
- Entwicklungspolitisches Empowerment von MDO-MSO / Flucht und Migration als entwicklungspolitische Themen: beim Netzwerk Migrantenorganisationen in Brandenburg e.V. (NeMiB).
- Stärkung von Partnerschaften und internationalen Kooperationen: bei der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG). Kommunen, Schulen und andere Akteure können dafür Beratung und Unterstützung erfahren.
- Stärkung entwicklungspolitischer Themen in Nachhaltigkeitsprozessen Brandenburgs: bei Stadt-Land.move e.V. Mit dem Fokus auf Potsdam-Mittelmark.

- Gerechtes Wirtschaften und nachhaltiger Konsum: als ein Tandemprojekt bei United Action Women & Girls e.V. und Halle 36 e.V. Das ist ein in dieser Form bisher einmaliges Pilotprojekt im PP4, u.a. mit einem Vorhaben für Frauen in Rathenow.

Auf der Basis des Rahmenkonzepts des bundesweiten Programms liegt wie in allen Bundesländern auch in Brandenburg die Koordinationsstelle beim Landesnetzwerk. Diese ist auch zuständig für die Einbindung in die bundesweiten Planungen, Kommunikationen etc. des PP 4, koordiniert von der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. (agl)

Die o.g. Stellenprofile resultieren aus einem Diskussionsprozess der NGOs. Eine gemeinsame Analyse des Bedarfs für das Land musste dazu mit dem aus NGO-Sicht unzureichenden Finanzrahmen in Einklang gebracht werden sowie mit einigen auch von den NGOs kritisierten inhaltlichen Vorgaben auf der Bundesebene, die dem Verständnis und der Praxis entwicklungspolitischen Engagements nicht zuträglich sind. Dazu zählen insbesondere fördertechnische Abtrennungen bestimmter Verknüpfungen mit Nachhaltigkeitsthemen und mit allgemein demokratiefördernden und anti-rassistischen Zielen. Ein seit Jahren zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Förderern heiß diskutiertes Problem, bei dem aktuell mit einiger Hoffnung auf das BMZ geblickt wird.

Zurück nach Brandenburg. Die finanzielle Förderung des Programms erfolgt wie in den vorangegangenen Phasen durch das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung von Engagement Global GmbH und seit 2020

durch das Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes (MdFE). VENROB und entwicklungspolitische Akteure haben ihre diesbezüglich klare Erwartungshaltung, dass der dazugehörige Titel im Landeshaushalt trotz der anerkannt schwierigen Situation nicht gekürzt wird auch am 12. Round Table Entwicklungspolitik am 11.11.2022 vertreten.

Das PP 4 in Brandenburg zielte grundsätzlich darauf ab, dass die strategische Verknüpfung der von den NGO getragenen entwicklungspolitischen Anliegen und Schwerpunkte mit der Brandenburgischen Entwicklungspolitik der Landesregierung sowie mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes (LNHS) vorangebracht wird. Die Promotor:innen stehen damit generell vor der Aufgabe, mit ihrem Wirken die Diskussionen zur Nachhaltigkeit Brandenburgs mit konkreten entwicklungspolitischen Zielen und Aspekten zu bereichern. Dazu setzen sie auf Landesebene durch ihre Leistungen in den ihnen zugänglichen relevanten Prozesse und Gremien an. Dies betrifft insbesondere die Landesnachhaltigkeitsstrategie und die Arbeitszusammenhänge um den Round Table Entwicklungspolitik. Bei einigen ihrer Leistungen auf kommunal/regionaler Ebene gibt es eine starke Orientierung damit indirekt auf die Landesebene zu wirken. Dabei ist selbstverständlich das unterschiedliche Profil der PP-Stellen zu beachten.

Nicht überraschend hat sich seit dem Eintritt Brandenburgs in das bundesweite Programm

im Frühjahr 2015 bestätigt, dass gesellschaftlich wirkende Effekte vor allem in längerfristigen Prozessen entstehen. Dafür müssen ausreichende Ressourcen sowie Kompetenzen zur Verfügung stehen. Es verlangt viel Ausdauer und Geduld, nicht nur, wenn sich Prozesse langsamer entwickeln als von den Promotor:innen geplant, wenn sie durch veränderte Rahmenbedingungen wie die Pandemie behindert oder gar gestoppt werden. Deutlich war aber auch, dass ohne die Impulse, Beharrlichkeit und mannigfaltige Unterstützung seitens der Promotor:innen etliche Vorhaben von Schulen, Nord-Süd-Partnerschaften, Weltläden etc. nicht fortgesetzt worden wären.

In der Gesamtbilanz kann eine zunehmende Tiefen- und Breitenwirksamkeit auf der Landesebene festgestellt werden. Dabei handelt es sich um ein komplexes Gefüge, in dem die Einzelbeiträge von Promotor:innen nicht zu einem eindeutigen, klar umrissenen Ganzen zusammengefügt werden können.

Um diese Wirkungen noch zu verstärken, gibt es u.a. einen Konsultationsprozess mit dem MdFE. Im April und September dieses Jahres trafen sich Promotor:innen mit Mitarbeiter:innen des Referates 51 und der Stabsstelle INTKOM des Ministeriums. Dabei wurden Highlights und Herausforderungen der aktuellen Arbeit im PP4 vorgestellt.

Ausführlich bei <https://brandenburg-entwickeln.de/>.



Wie wollen wir miteinander leben?

Magdalena Freudenschuss

*Demokratie und Integration Brandenburg e. V.
RAA Brandenburg*



Um lokale Themen in ihren globalen Dimensionen besser zu verstehen, lädt die 19. BREBIT zur Reflexion unserer Wertebasis ein.

Wenn Klimagerechtigkeit unseren Handlungshorizont darstellt – entlang welcher Werte müssen wir dann unser Leben heute und morgen orientieren? Mit dieser Frage beschäftigen sich die Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage in ihrem 19. Jahr. Mehr als 130 schulische Projektstage wurden 2022 gebucht (Stand November 2022), wie immer reicht die Spannweite von der Grundschule (20 Schulen) über Schulen mit besonderen Förderschwerpunkten (5) bis hin zu Oberschulen (3), Gymnasien (10) und berufsbildenden Schulen (2). 13 dieser 45 Schulen waren zum ersten Mal mit dabei. In diesen Projekttagen zeigen knapp 30 qualifizierte Referent:innen, welche lokale Relevanz globale Klimagerechtigkeit für Brandenburger:innen hat.

Die BREBIT als Türöffner für mehr globale Perspektiven

Globale Themen, insbesondere solche aktuelle und öffentlich präsente, wie die Klimakrise, prägen das Leben von Kindern und Jugend-

lichen. Mit dem übergreifenden Thema des Brandenburger Rahmenlehrplans „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ haben Schulen den Auftrag, diesen Themen Raum zu geben. Projektstage der BREBIT können hierzu ein Einstiegspunkt sein. Lehrkräfte nutzen diese alternativ auch zur Vertiefung: „Externen Akteur:innen hören unsere Kinder nochmal anders zu.“ Projektstage werden eingebettet in thematische Wochen, bei denen die von der BREBIT vermittelten Projekte im Klassenverbund nachbereitet und/oder schulöffentlich Ergebnisse präsentiert werden. Die BREBIT unterstützt Schulen bei Bedarf in der Entwicklung solcher weiterführenden Konzepte.

Im Kleinen das Große entwerfen

Farne sind – wie viele andere Pflanzen – nach diesem Prinzip gebaut: Jedes kleine Element eines Farnblattes spiegelt die Gesamtstruktur des Farnes an sich wider. Und so verstehen wir auch unsere Bildungsarbeit: Die Überlegungen, was es für eine klimagerechte Zukunft braucht, sind auch handlungsleitend für die Ausgestaltung unserer Projektstage: Diskriminierungssensibilität, die Einladung zur Selbstreflexion, Möglichkeiten

offener, lernorientierter Partizipation – all das sind Elemente der von der BREBIT vermittelten Projektstage. Die einen machen eine Demo mit selbstgebastelten Plakaten über den Schulhof, die anderen reflektieren ihren eigenen Fleischkonsum und dessen Auswirkungen auf das globale Klima. Und dabei üben die Schüler:innen mit kleinen Aktionen ein, was es braucht, um auch im Großen Gesellschaft mitzugestalten: In der gemeinsamen Analyse wird die Frage danach gestellt, worin die tieferliegenden Ursachen der Klimakrise liegen (Aufbau von Analysekompetenzen). In der sozialen Interaktion in neuen Aufgabenstellungen – ob in der Kleingruppe, beim eigenständigen Gestalten von medialen Inhalten oder in erlebnispädagogischen Spielen – erkunden Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten für ein kooperatives, faires und nachhaltiges Miteinander (Stärkung von werdebasierter Sozialkompetenz). In der Reflexion der eigenen Rolle und Position im globalen und lokalen Raum kommen Machtverhältnisse zur Sprache (Stärkung der Selbstreflexion).

Globales Lernen transformativ gestalten

Die BREBIT wendet sich seit einiger Zeit, wie viele Akteur:innen im Globalen Lernen, stärker dekolonialen Perspektiven zu und versucht so dem Anspruch gerecht zu werden, dass die eigene Bildungsarbeit verändernd wirkt. Dies verlangt ein beständiges eigenes Verlernen, ein Hinterfragen auch von pädagogischen Gewissheiten, eine Suche nach neuen Fragen. Im Rahmen der BREBIT findet dies im kollegialen Austausch während der von den RAA Brandenburg organisierten Qualifizierungsreihen statt. Nachdenkimpulse von Expert:innen aus dem Globalen Süden sind hierfür zentral: Beispielsweise nutzten wir 2022 das Video „Learning Transformation. Voices for Another Education“¹ des Learn2Change Netzwerkes.

1 <https://www.youtube.com/watch?v=0FeXrwf0YPM> (Zugriff zuletzt am 14.12.2022)

Auch in den Projekttagen für Schüler:innen spielen Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden eine zentrale Rolle. Gerade das Zuhören in global ungleichen Verhältnissen will gelernt sein. Auch hierfür bietet die BREBIT einen Lern- und Übungsraum an, im Herbst 2022 startet die RAA hierzu ein neues Projekt: Eine Sammlung aus exemplarischen Südperspektiven wird sukzessive aufgebaut und für den pädagogischen Einsatz in der BNE-Bildungsarbeit aufbereitet.²

Impulse, Konzepte und Perspektiven für Brandenburg

Die BREBIT entwickelt mit ihrem Qualifizierungskonzept, in der kontinuierlichen (Re-) Formulierung ihrer pädagogischen Ansprüche und in der konkreten Ausgestaltung der eigenen Strukturen das Globale Lernen in Brandenburg weiter. Unsere Zertifizierung, die eine direkte Hospitation und ein umfangreiches Feedback für die Teilnehmenden umfasst, ist seit 2018 erprobt. Damit wertschätzt die BREBIT nicht nur die Arbeit der Referent:innen. Im Austausch mit Akteur:innen aus Brandenburg und anderen Bundesländern sammeln und teilen sie Erfahrungen und Kontakte und setzen in einem innovativen Prozess neue Akzente. In einer sich verändernden Akteurs- und Finanzierungslandschaft birgt dies auch immer wieder die Herausforderung, die BREBIT neu auszurichten.

2 Besuchen Sie die BREBIT-Webseite ab Jahresende 2022 für einen ersten Einblick. Was in einer ersten Pilotversion 2022 als pdf erscheint, soll in den Folgejahren systematisch um weitere Themen und didaktische Vorschläge erweitert werden.

Das Ende des entwicklungspolitischen Engagements in ländlichen Räumen?

Die Auswirkungen der Mittel- kürzungen auf die Arbeit der kirchlichen Promotor:innen



Julia Wasmuth

Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V.

Stärkung der regionalen und kirchlichen entwicklungs- politischen Bildungs- und Inlandsarbeit

Das Diakonische Werk Teltow-Fläming hatte mit dem 2015 beschlossenen Programm zur „Stärkung der regionalen und kirchlichen entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit“ eine sehr gute Basis für das Engagement seiner Mitarbeiter:innen. Die vom Kirchlichen Entwicklungsdienstes der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) ins Leben gerufene Initiative war mit jeweils einer Vollzeit-Stelle bei drei kirchennahen Vereinen ausgestattet. Die Förderung erfolgte über Brot für die Welt und das BMZ bis zum 31.3.2018.

Das Teilprojekt mit dem Titel „Faire Schule in Brandenburg“, bei dem es darum geht, Lehrkräfte zu befähigen, Nachhaltigkeitsthemen im gesamten System Schule (Beschaffung, soziales Miteinander und Unterrichtsgestaltung) umzusetzen, war ein wichtiger Teil des Programms, und wurde von Jüterbog aus für das Bundesland gesteuert.

Die Verlängerung des Programms um drei weitere Jahre wurde erfolgreich beantragt. Anfang 2019 wurde sogar eine weitere Vollzeit-Stelle genehmigt, sodass zusätzlich das

Teilprojekt „Eine-Welt-Arbeit im Süden Brandenburgs“ mit der Zielgruppe Erwachsene (außerhalb von Schule) umgesetzt werden konnte. Da die beiden Stelleninhaberinnen Mütter von kleinen Kindern waren und nicht Vollzeit arbeiteten, wurden die insgesamt 80 Stunden auf drei Personen aufgeteilt, die nun gemeinsam für eine enkelgerechte Zukunft aktiv waren.

Hieraus entwickelte sich eine äußerst kreative Dynamik und als Team waren wir mehr als die Summe seiner Teile: Gemeinsam konnten wir eine große Bandbreite an Themen inhaltlich abdecken, dreifach in Netzwerken arbeiten, uns gegenseitig über neueste Entwicklungen informieren, einander unterstützen und vertreten, einzelne Aufgaben je nach Fähigkeiten und Kapazitäten verteilen, uns fachkompetenten Rat geben, Ideen entwickeln und potenzielle Teilnehmer:innen oder Kooperationspartner:innen an die zuständige Kollegin vermitteln. Wir waren engagiert, überregional präsent und mit unseren Projekten so erfolgreich, dass wir auch noch viel Spaß bei der Arbeit hatten.

Erste Mittelkürzungen und Ablehnung des Förderantrags

Die Förderung für weitere drei Jahre schien von allen Seiten erwünscht. Brot für die Welt bezog die Mittel von nun an jedoch aus einem anderen Fördertopf, sodass für die erfolgreiche Weiterführung des Programms eine finanzielle Lücke entstand. Durch Lobbyarbeit, Verweis auf das bisher durch gute Arbeit Erreichte und das Unterbreiten konkreter Angebote gelang es uns, finanzielle Unterstützung durch Kirchenkreise und -gemeinden einzuwerben. Das BMZ seinerseits forcierte eine Synchronisierung mit dem bundesweiten Eine-Welt-Promotor:innen-Programm und bewilligte den Verlängerungsantrag zunächst bis zum 31.12.2021.

Mit der unerwarteten Ablehnung des Förderantrags für die Jahre 2022 bis 2024 durch das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) kam im September 2021 der große Schock und wir versanken in Schreivarbeiten. Zunächst intensivierten wir die Lobbyarbeit – allerdings ohne messbaren Erfolg. Ohne weitere Fördergelder war auch die bereits laufende Finanzierung durch Brot für die Welt nicht mehr gesichert.

Dankenswerterweise wurden die Bemühungen zur Fortführung des Programms von der Stiftung „Nord-Süd-Brücken“ tatkräftig unterstützt. Letztlich konnte die Finanzierung von zumindest zwei der ursprünglichen drei Stellen mit je 20 Stunden gesichert werden. Als unerfreuliche Folge dieser Stellenkürzung musste auch der Umfang der geplanten Aktivitäten um die Hälfte reduziert werden.

Was hat sich dadurch für mich als Projektmitarbeiterin verändert?

Zum Jahresende musste uns die Kollegin, die zuletzt hinzugekommen war, verlassen. Dadurch gingen uns großes Engagement,

Knowhow und die Anbindung an ein kommunales Netzwerk verloren. Um uns verbleibenden Kolleginnen die Anstellung im Umfang von 30 Stunden zu sichern, schichteten wir intern Projekte um, und meine Kollegin wurde mit einem Großteil ihrer Arbeitszeit in einem Bereich außerhalb der Eine-Welt-Arbeit eingesetzt. Letztlich frustrierte sie dieses Konstrukt so sehr, dass auch sie sich einen anderen Arbeitgeber suchte und das Werk im Mai verließ. Wieder verabschiedeten sich Fachkompetenz, Leidenschaft und jahrelang aufgebaute Beziehungen zu Kooperationspartner:innen. Am meisten fehlte mir jedoch die Inspiration, die sich bisher auf unterschiedlichen Wegen entwickeln konnte. Diese stellte sich auch an anderer Stelle kaum ein. Allerorten war zu spüren, wie mit geringeren Mitteln, Mangel an Personal und höheren Arbeitsanforderungen gekämpft wurde, sodass auch in größeren Zusammenhängen die Arbeit nach einem weiteren Corona-Winter bis zum Herbst nur schleppend in Gang kam.

Allein zuständig, war es schwierig den passenden Fokus zwischen beiden Projekten und den unterschiedlichen Erwartungen der jeweiligen Zielgruppen zu finden. Zwar war es seit der Pandemie üblich, sich per Videokonferenz zu treffen, doch bleibt es ein Austausch auf Distanz, der nicht die Dynamik von Präsenztreffen entwickeln kann. Auch kam es wiederholt vor, dass wichtige Veranstaltungen auf denselben Zeitpunkt fielen und ich mich gegen eine der beiden entscheiden musste.

Was hat sich an der Projektumsetzung verändert?

Der eigene Anspruch, fachlich und inhaltlich immer auf dem aktuellen Stand zu sein, lässt sich mit einer halben Stelle nicht mehr umsetzen. Der Aufbau und die Umsetzung von Kooperationen oder sagen wir mal ein „gemeinsames Denken, um neue Ideen zu entwickeln“ werden immer schwieriger, weil alle völlig überlastet sind. Unsere Stärke lag bisher darin, gerade an dieser Stelle anzusetzen:

Wir leisteten Zuarbeiten und boten organisatorische Unterstützung an. Wir schrieben Protokolle oder Einladungen, recherchierten Materialien und taten ganz viel Praktisches, um Partner:innen Zeit für ihren Beitrag zu gemeinsamen nachhaltigen Aktivitäten zu verschaffen. Seit wir das nicht mehr leisten können, bleiben viele geplante Aktivitäten „in den Mühen der Ebene“ stecken.

Als es uns endlich gelang, die offene Stelle neu zu besetzen, ging die Arbeit nicht einfach weiter wie bisher – es dauert lange, bis sich Einsteiger:innen in das weite Feld der möglichen Aktivitäten einfinden, einen eigenen Schwerpunkt setzen und hilfreiche Kontakte knüpfen können. Hinzu kommt die Gesamtsituation: Es ist immer schwieriger, Teilnehmer:innen für Veranstaltungen zu gewinnen – was bedeutet, dass im Vorfeld einer Veranstaltung viel mehr Aufwand betrieben werden muss – der sich dann auch noch verdoppelt, wenn die Veranstaltung aufgrund einer zu geringen Zahl an Anmeldungen oder einer Erkrankung von Referent:innen verschoben werden muss. Um uns an die gesellschaftlichen Veränderungen und die sich daraus ergebenden Bedürfnisse anpassen zu können, bräuchten wir eigentlich zusätzliche Kapazitäten, um kreativ denken und uns neu aufstellen zu können. Als Konsequenz der Mittelkürzungen können jedoch nur noch Projektchen angeboten werden – die überhaupt nicht das bewirken, was wir uns an langfristigem Engagement bei den Zielgruppen erhoffen.



Was wünsche ich mir?

Die finanziellen Entwicklungen laufen in meinen Arbeitszusammenhängen darauf hinaus, bewährte Projekte um jeden Preis zu immer schlechteren Konditionen und mit steigendem persönlichem Aufwand verzweifelt am Leben zu erhalten. Ist es das wert? Ich wünsche mir ausreichend Zeit und Geld, um zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein zu können. Schule z.B. ist ein kompliziertes System mit kleinen Zeitfenstern, die sich nur selten und in großen Abständen öffnen – wenn ich sie verpasse, muss ich unter Umständen ein ganzes Jahr auf die nächste Gelegenheit warten. Bisher konnten wir aus zufälligen Begegnungen gute Projekte entwickeln. Jetzt müssen wir zuerst die Projekte entwickeln und die zu deren Umsetzung erforderlichen Kooperationen fast schon erzwingen.

Letztlich wollen wir etwas von den Teilnehmer:innen – selten umgekehrt! Sie zu erreichen gelingt vor allem über eine persönliche Beziehungsarbeit. Brandenburg braucht eine zielgruppengenaue Sprache und eigene Themen, sowie Akteur:innen die sich überregional und auf politischer Ebene stark machen. Wir brauchen finanzielle und personelle Kapazitäten für eine zuverlässige Mitarbeit in Gremien und Arbeitsgruppen sowie überregionale Präsenz.

Beim Diakonischen Werk Teltow-Fläming hatten wir in den letzten Jahren großes Glück. Wir sind dankbar für alles, was wir gelernt und erlebt haben, für alle, die wir getroffen und für jede Unterstützung, die wir erhalten haben. Wir hoffen darauf, dass unser gemeinsamer Weg wieder breiter wird und er uns noch viele Jahre einer nachhaltigen Zukunft entgegen führt werden wird.

Ländliche Regionen in Brandenburg: – nachhaltig, weltoffen und solidarisch in die Zukunft

**Rückblick und Ausblick
auf das Bildungsprojekt
von VENROB e.V.**



Nora Lust
Projektleitung

Was haben wir gemacht?

Dreh- und Angelpunkt unserer diesjährigen Veranstaltungen in ländlichen Regionen waren Bildung und Dialog. Damit haben wir interessierten Akteur:innen fachliche Qualifikation und Raum für einen moderierten Austausch sowie Unterstützung bei der Planung ihrer Vorhaben geboten.

Im ersten Halbjahr haben wir in zwei digitalen Veranstaltungen Themen mit Relevanz für ganz Brandenburg aufgegriffen.

Nutzung gesprochen, über den Verbrauch von Rohstoffen und Energie, dessen Auswirkungen auf Rohstoff-Lieferanten wie z.B. Bolivien und die Schwierigkeiten, die auch Initiativen wie das neue Lieferkettengesetz in der Umsetzung mit sich bringen. Durch eine Kooperation mit dem JuFoNa (Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg) wurde diese Veranstaltung für die Teilnehmenden des sogenannten Klimacamps gestreamt.

Entwicklungspolitische Chancen und Risiken durch Digitalisierung

Die erste Veranstaltung hat sich mit den entwicklungspolitischen Chancen und Risiken durch Digitalisierung beschäftigt. Das heißt, es wurde über die materielle Ebene digitaler

Es standen Fragen digitaler Mündigkeit im Vordergrund und welche Handlungsmöglichkeiten es gibt, um Digitalisierung nachhaltig und demokratisch mitzugestalten. Es ging um Machtfragen, die zunehmend in digitalen Räumen entschieden werden und um die möglichen Gefahren und Auswirkungen hier und in anderen Teilen der Welt, wenn wir uns für diese Themen nicht interessieren.

Am Ende stand mit Informationen zu den offenen Werkstätten ein konkretes Angebot, bei denen technische Grundkompetenzen vermittelt werden. Diese Orte des praktischen Tuns und der Begegnung sollen Berührungspunkte abbauen und so zur Selbstermächtigung u.a. im Bereich der Techniknutzung beitragen.¹



1 Vgl. Offene Werkstätten, URL: <https://www.offene-werkstaetten.org/seite/offene-werkstaetten>

Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Ernährungssicherheit und Energieversorgung

Die zweite Veranstaltung hat sich mit den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs in Zeiten des Klimawandels insbesondere auf Ernährungssicherheit und Energieversorgung beschäftigt. Und mit der Frage: Was ist zu tun, um Frieden zu sichern bzw. zu fördern?

Zwar haben wir diese Fragen nicht befriedigend beantworten können, aber die großen Zusammenhänge einer notwendigen gesellschaftlichen Transformation wurden an diesem Thema sehr deutlich. Möglich war es z.B. über die lokalen Handlungsalternativen ins Gespräch zu kommen, die es gibt, um resiliente und regionale Ernährungsstrukturen mit aufzubauen.

Im zweiten Halbjahr haben wir in Kooperation mit Stadt-Land.move e.V. in Werder eine erste Präsenzveranstaltung zum Thema „Zukunftsfähige Mobilität“ durchgeführt. Die Themen der Präsenzformate werden stets in Absprache mit den regionalen Kooperationspartner:innen entwickelt und orientieren sich an aktuellen lokalen Prozessen und Herausforderungen.

Der Versuch, möglichst viele lokale Akteur:innen aus den Bereichen Verwaltung und Politik, Unternehmen, Zivilgesellschaft, Kirchen etc. anzusprechen, ist sehr gut gelungen, was sich in der Vielfalt der aufkommenden Themen und Positionen zeigte. Es gab lebendige Diskussionen und einige Rückmeldungen, die den Nutzen dieser Veranstaltung für den lokalen demokratischen Diskurs bestätigten, der die globale Dimension berücksichtigt.

Auch die zweite Präsenzveranstaltung in Biesenthal – geplant in Kooperation mit dem Naturpark Barnim und dem Biesenthaler Wasserturm-Verein – die sich mit der zunehmenden lokalen Wasserknappheit und den globalen Zusammenhängen befasste, wurde sehr stark nachgefragt. Insbesondere der Input, der die globalen Herausforderungen und die

Klimawandel-bedingten Ursachen darstellte und Beispiele im Umgang mit Wassermangel aus Peru, Brasilien sowie verschiedenen afrikanischen Ländern einbrachte, wurde von vielen Teilnehmenden als sehr bereichernd bewertet – genauso wie der Workshop zum Konzept des virtuellen Wassers und den individuellen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Wasser. Mit über 50 Teilnehmenden waren wir von der Resonanz positiv überrascht. Und auch im Barnim ist es sehr gut gelungen, verschiedene Gruppen zusammen zu bringen und in wertschätzender Gesprächsatmosphäre einen guten Impuls zu setzen für das weitere, bereits geplante zivilgesellschaftliche Engagement dort, um sich in die Suche nach einer nachhaltigen Nutzung der Wasservorkommen einzubringen.

Bedeutsamkeit und Potenzial von Zivilgesellschaft in Krisenzeiten

Unsere letzte digitale Veranstaltung in diesem Jahr und damit Abschlussveranstaltung des Projekts, behandelte die Bedeutsamkeit und das Potenzial von Zivilgesellschaft für Themen globaler Gerechtigkeit und für den Erhalt demokratischer Strukturen – vor allem in Krisenzeiten. Und sollte ein ermutigendes Plädoyer sein in diesen herausfordernden Zeiten.

Wir haben durch diese Veranstaltungen 110 Menschen in Brandenburg erreicht. Reicht das? Gemessen an den Projektzielen: Ja.

Gemessen am langfristigen Ziel des Landesnetzwerks, deutlich mehr Menschen in Brandenburg für entwicklungspolitisches Engagement zu begeistern und die Strukturen dafür – insbesondere in den ländlichen Regionen – zu stärken: Noch lange nicht! Warum nicht?

Das Vorwort hat es aufgegriffen:

Entwicklungspolitik sowie entwicklungspolitische Bildung stellen einen unabdingbaren Zusammenhang her zwischen Frieden, Menschenrechten und der Einhaltung nationaler Grenzen und verlangt somit nach einer

gesellschaftlichen Transformation. Wenn wir Frieden und eine friedliche Zukunft wollen, müssen wir uns mit dem Aufbau global gerechter Strukturen befassen und mit dem Abbau von Hindernissen.

Was ist erforderlich?

Diese Transformation braucht Engagement und aktive Beteiligung der Bevölkerung.

Der Meinungsmonitor zur Entwicklungspolitik aus diesem Jahr zeigt nicht nur die insgesamt sehr geringen Zahlen für entwicklungspolitisches Engagement auf. Er gibt auch Anhaltspunkte, was zu tun ist, um mehr Menschen dafür zu gewinnen: Niedrigschwellige Angebote zur Beteiligung erleichtern es wirksame Erfahrungen zu sammeln sowie eigene Beitragsmöglichkeiten zu kollektivem Handeln in Organisationen und Initiativen aufgezeigt bekommen.²

Es braucht also viel mehr kleinteilige, vielfältige und Struktur bildende Angebote in Brandenburg, wenn wir es mit der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 ernst meinen.

Im Sinne unserer letzten digitalen Veranstaltung: „Es braucht uns alle!“ meint das neben der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements, insbesondere in ländlichen Regionen auch, mehr Austausch- und Planungsräume zwischen Zivilgesellschaft, Politik/Verwaltung, Unternehmen und Sozialverbänden und Kirchen zu schaffen, weil alle in vielfältiger Weise aufeinander angewiesen sind.

Dort zeigt sich viel deutlicher als in einer größeren Stadt, was uns im globalen Rahmen

durch die Covid-19-Pandemie, Klimakrise und nun das Kriegsgeschehen und dessen Auswirkungen täglich vor Augen geführt wird: Das eigene Umfeld kann nur so stabil sein, wie es das mich versorgende Umfeld ist. Insofern braucht es neben unseren viele weitere Aktivitäten, die das Verständnis für die Abhängigkeit des eigenen Wohlstands von anderen Teilen der Welt fördern; und dabei das soziale, ökologische und wirtschaftliche Bewusstsein für die EINE Welt entstehen lassen.

Das Entstehen für ein stabiles globales Umfeld sollte im ureigenen Interesse zu einer selbstverständlichen Grundhaltung werden. Auf dem Weg dorthin bleibt noch sehr vieles zu tun. VENROB steht in den Startlöchern für eine Fortführung.

LINKS

Maßnahmenpaket für die Bundesregierung
<https://germanzero.de/downloads#gesetzespaket>

Hier ist das Tool Local Zero, das Sie für jede Stadt / Gemeinde verwenden können, um GROB ausrechnen zu lassen, was in welchem Sektor getan werden muss, um zu einem festzulegenden Zieljahr Klimaneutralität zu erreichen. Es informiert über Maßnahmen, Kosten, durch die Maßnahmen entstehende Personalstellen und die Kosten, die im Falle des Nichtsstuns auf die Gemeinde / Stadt zukommen werden.
<https://germanzero.de/loesungen/localzero>

Klimaschutz zum Selbermachen
<https://www.buendnis-buergerenergie.de/klimaschutzzumselbermachen>

Das Ökosystem der Bürgerenergie:
<https://www.buendnis-buergerenergie.de/broschuere/oekosystem-der-buergerenergie>

Geschäftsmodelle mit mehr Wertschöpfung
<https://www.buendnis-buergerenergie.de/broschuere/geschaeftsmodelle-mit-mehr-wertschoepfung>

² Vgl. Deval (Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit): „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022. Entwicklungspolitisches Engagement in Zeiten globaler Krisen und Herausforderungen“; URL: <https://www.deval.org/de/publikationen/meinungsmonitor-entwicklungspolitik-2022-entwicklungspolitisches-engagement-in-zeiten-globaler-krise-und-herausforderungen> (Stand: 28.11.2022)

FestEssen – Das Festival für regionalen und klimafreundlichen Genuss

Klimagerechtigkeit, Migration und Ernährungssouveränität



Simone Holzwarth
Stadt-Land.move e. V. in Werder (Havel).

Ein zentrales Thema für die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele vor Ort in Brandenburg ist das Thema Ernährung. Seit seiner Gründung berät und unterstützt Eine Welt-Promotorin Dr. Simone Holzwarth den Ernährungsrat Havelland. Dieser setzt sich für eine Ernährungswende in der Region im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein und ist Teil des Ernährungsrats Brandenburg. Simone Holzwarth zeigt immer wieder Möglichkeiten auf, wie das lokale Engagement zu Ernährungsthemen in der Region mit Themen der globalen Nachhaltigkeit verknüpft und somit noch wirksamer werden kann.

In diesem Jahr hat diese Unterstützungstätigkeit eine neue Ebene erreicht. Von Anfang an brachte sie sich zusammen mit den Brandenburger „Eine Welt“-Promotor:innen für gerechtes Wirtschaften und nachhaltigen Konsum Fatuma Musa Afrah und Andreas Teuchert in die Planungen für ein Ernährungsfestival im Oktober 2022 auf der Insel in Werder (Havel) ein. Durch dieses Engagement wurde das Festival auch zum Schaufenster für

Bildungs- und Informationsangebote für komplexere globale Themen.

Die Kooperation in diesem Projekt war ein zunächst recht zeitintensives Experiment. Doch das Ergebnis kann sich sehen lassen und ist ein gelungenes Beispiel für die Arbeit der Promotor:innen. So gelang es, den 4000 Besucher:innen des Festivals neben guten Beispielen des regionalen Lebensmittelhandwerks auch thematische Zusammenhänge von Klimagerechtigkeit, Ernährungssouveränität und Migration zu vermitteln. Neben Infoständen von Engagement Global und Brot für die Welt sorgte auch das SDG-Glücksrad von Stadt-Land.move für interaktiv aufbereitete Informationen rund um Ernährung und globale Gerechtigkeit.

Im Bühnenprogramm und in Workshops wurden auf vielfältige Weise die globalen Zusammenhänge zwischen Ernährungssicherheit und Klimawandel sowie die Themen Flucht und Migration thematisiert. Dabei erfuhren die Besucher:innen mehr über Projekte der





Ernährungssouveränität in Syrien oder zum Thema Boden und Landbesitz in Brandenburg und anderen Teilen der Welt. In einer interkulturellen Koch-Talk-Show auf einem umgebauten Lastenfahrzeug teilten die somalische Köchin Nasiib und der Kochaktivist Wam Kat aus Brandenburg Rezepte und Kochtipps sowie die Erfahrung, dass Essen hochpolitisch und gemeinschaftsstiftend ist.

Weitere Informationen:

www.festessen.net

<https://www.ernaehrungsrat-brandenburg.de/regionale-raete/ernaehrungsrat-havelland/>

Eine Welt-Promotorin zur Stärkung entwicklungspolitischer Themen in Nachhaltigkeitsprozessen Brandenburgs:

Simone Holzwarth,

<https://www.stadt-land-move.org/eine-welt-promotorinnen-programm2/>

Eine Welt-Promotor:innen-Tandem für Gerechtes Wirtschaften und nachhaltigen Konsum:

Fatuma Musa Afrah und Andreas Teuchert,

<https://www.halle36.org/projekte/eine-welt/>



Die für Brandenburger Verhältnisse außerordentlich hohe Zahl an erreichten Personen zeigt, dass sich ein Engagement der Promotor:innen in langfristige Planungsprozesse von inhaltlich passenden Großveranstaltungen auszahlt. Nach einer kurzen Phase der Erleichterung und Reflexion sind sich die Beteiligten einig: die Kooperation ist sehr gut gelaufen und wir machen weiter. Freuen wir uns also auf ein erneutes FestEssen-Festival im Oktober 2023!

Wertstoffsammelstellen, EKO MOMMYS und die Grundschule Delgermoron

Baruth/Mark und Murun/Mongolei – Erfahrungen aus 10 Jahren Städtepartnerschaft mit dem Globalen Süden



Karsten Wittke

*Koordinator kommunaler Entwicklungspolitik
der Stadt Baruth/Mark*

Seit Jahren wird uns in Baruth immer wieder die gleiche Frage gestellt: Was macht Ihr denn da in der Mongolei, das ist doch so weit weg und was haben wir denn davon? Die Frage ist durchaus berechtigt, denn auf den ersten Blick gibt es keine Verbindung zwischen Brandenburg und Zentralasien. Dabei kommt mir der sprichwörtliche „Sack Reis, der in China umfällt“ in den Sinn. Anders betrachtet, und ich zitiere den Baruther Bürgermeister Peter Ilk, ist „Nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik mit Murun gelebte Außenpolitik“.

Gerade in den aktuell sich überlagernden globalen Krisensituationen, die in ihrer Gleichzeitigkeit kommunale Entwicklungspolitik vor gewaltige Herausforderungen stellen, macht die Partnerschaft mit Murun die globale Dimension der anstehenden Aufgaben praktisch greifbar.

Das Bild von der Mongolei mit seinen mythischen, unendlichen Weiten; von Steppen und unberührter Natur, besiedelt von Nomaden und ihren Tierherden in nachhaltigster Lebensweise fasziniert auch mich noch bei jeder Arbeitsreise, obwohl das Bild so nicht mehr stimmt. Der größte Teil der mongolischen Bevölkerung lebt inzwischen in städtischen Siedlungen.

Die globalen Klimaveränderungen verbunden mit den Auswirkungen der nicht nachhaltigen

städtischen Lebensweisen, lassen die Mongolei und die Praxis der Partnerschaft wie einen Spiegel wirken, der reflektiert, dass die für uns inzwischen selbstverständlichen Infrastrukturen im Alltag der Kommune, dort von Beginn an neu aufgebaut werden müssen, und dies im Einklang der Nachhaltigkeit mit ihren sozialen, ökonomischen und ökologischen Komponenten.

An den folgenden drei Beispielen aus dem laufenden NaKoPa-Projekt (Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte) Abfallmanagement für Hausmüll möchte ich Ihnen den Baruth-Muruner Arbeitsansatz vorstellen:

Nachhaltiges Abfallmanagement – Partizipation und berufliche Bildung

Die fachliche Unterstützung in der Entwicklung einer zeitgemäßen kommunalen Infrastruktur ist seit Beginn unserer Partnerschaftsarbeit Schwerpunkt und Herausforderung zugleich, sei es bei Wasser/Abwasser oder dem Bau eines ökologisch energieeffizienten Schulungszentrum aus nachhaltigen Baustoffen mit dezentraler Mikrokölanlage. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht,



Produktion von 20 Absetzcontainern in der staatlichen Berufsschule, Murun 2022

soviel wie mögliche engagierte Akteursgruppen mit einzubinden, um die Projekte auf eine breite Basis zu stellen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei zukünftig der Jugend und der nachhaltigen schulischen Bildung, der handwerklich orientierten Berufsschule und der NGO der EKO MOMMYS mit fast 3.500 Mitgliedern.

Zwar haben Handwerksberufe in der Mongolei noch keinen goldenen Boden, aber eine Ausbildung ist auch dort der Eintritt in eine solide und stabile berufliche Karriere. Der Bedarf an gut ausgebildeten Facharbeiter:innen ist, auch angesichts der rasanten städtischen Entwicklungen, enorm hoch. Dafür hat man sich in der Mongolei das deutsche Ausbildungssystem zum Vorbild genommen, wobei es in der Umsetzung noch erhebliche Unterschiede gibt. Mit der Berufsschule in Murun wurde bereits 2018 eine Kooperation vereinbart, die jetzt im Bereich der Metallbearbeitung und Schlosserausbildung aktiviert wurde. Hier werden insgesamt 36 Absetzcontainer und Wertstoffsammelstellen gebaut und anschließend im Stadtraum aufgestellt. Anstatt die Produkte teuer in China einzukaufen haben die Berufsschüler eine konkrete Aufgabe, lernen hochwertige Metallarbeiten anzufertigen, und können mit Stolz auf ein eigenes Werk verweisen. Diesen Ansatz werden wir in

zukünftigen Projekten weiterverfolgen. Derzeit steht zum Beispiel eine Fachausbildung im Bereich Sanitär/Heizung auf dem Plan.

Die NGO der „EKO MOMMYS“ – Soziale Ökonomie und Bürgerinnengesellschaft

Im Rahmen der Bürgerdialoge für ein nachhaltiges Murun sind wir auf die NGO der EKO MOMMYS aufmerksam geworden, ein Zusammenschluss von nachhaltig interessierten Frauen im Bereich sozialer Unternehmungen. In unserem Projekt hat die Nähwerkstatt fast 10.000 Einkaufstaschen genäht, die in unterschiedlichem Design für die Reduktion von Verpackungsmüll und das Sammeln von Wertstoffen werben. Diese NGO ist ein maßgeblicher Akteur in der Sensibilisierung und



Nähwerkstatt der EKO MOMMYS und Fertigung der Einkaufstaschen zur Müllvermeidung, Murun 2022



Bildung zur nachhaltigen Entwicklung, Projekt Lernbroschüre Abfall und Wertstoffe, Präsentation in der Grundschule Delgermoron, Murun 2022

Kommunikation von Nachhaltigkeitsthemen und stellt zudem auch als demokratische Organisation eine ernstzunehmende politische Macht dar, da auch in der Mongolei inzwischen mit Nachhaltigkeitsthemen Wahlen gewonnen werden.

Abfallmanagement, Wertkreisläufe und Kompost als Unterrichtsfach, erarbeitet vom Lehrpersonal und den Schülerinnen in Form einer Unterrichtsbroschüre. Dieses wohl einmalige Pilotprojekt der Grundschule in Murun wird dort erfolgreich umgesetzt. Eine zweite Schule übernimmt bereits das Konzept und vielleicht wird dieses Unterrichtsfach demnächst in der ganzen Mongolei eingeführt. Das Engagement in der Schule für das Thema hat uns sehr beeindruckt und ich werde die Broschüre auch in der Baruther Grundschule vorstellen.

umgesetzten nachhaltigen Themen Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und nicht darauf zu warten das sich das schon irgendwie regeln wird. Und unkonventionell und in kurzer Zeit Lösungswege zu suchen und zu finden und dabei Nachhaltigkeit und kommunale Entwicklungspolitik als demokratische Aufgabe zu verstehen.

Baruth/Mark kann Ihnen nur empfehlen eine Partnerschaft im globalen Süden einzugehen. Als Kommune werden sie auf jeden Fall davon profitieren und sei es lediglich, weil sich ihre Perspektive auf die eigene Kommune verändert.

Zurück zur Ausgangsfrage: Was haben wir in unserer Kommune davon?

Wir können von unseren mongolischen Partnern einiges lernen und übernehmen: Was bei uns so selbstverständlich erscheint neu zu erarbeiten und zu überdenken. Mit engagiert

Vernetzung, Nachhaltigkeitscheck, Krisenmanagement und nachhaltige Stadtentwicklung



Ein Rückblick auf die 7. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg vom 6. September 2022

Heike Möller

Die äußeren Bedingungen, ein schöner Spätsommertag, haben nicht allein für die positive Grundstimmung gesorgt. Dank des umtriebigen Bürgermeisters Peter Ilk, seinem Team sowie dem der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global sind auch diese 7. Baruther Schlossgespräche erneut zu einem produktiven Vernetzungstreffen geworden, auf dem man die Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 in den Kommunen in Brandenburg verfolgen konnte.

Dazu hat im Frühjahr 2022 mit den Eberswalder Nachhaltigkeitsgesprächen eine weitere, an das hiesige Gesprächsformat angelehnte, Veranstaltung im Norden Brandenburgs stattgefunden.

Bei den 7. Baruther Schlossgesprächen waren vier Schwerpunkte auszumachen: Vernetzung, Nachhaltigkeitscheck, Krisenmanagement und nachhaltige Stadtentwicklung.

der Baruther Bürger:innen. Über die kontinuierliche Zusammenarbeit in den Bereichen Wasser- und Abfallwirtschaft, Partizipation und Bildung mit der Partnerstadt Murun in der Mongolei (siehe Artikel von Karsten Wittke im Heft). Aber auch die Rückschläge, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bis dato gebracht hatte, werfen ihre Schatten.

Dr. Georg Dybe schilderte aus Sicht der die Nachhaltigkeitsstrategie verantwortenden Staatskanzlei die methodische Herangehensweise unter Berücksichtigung bereits existierender Fachstrategien in den einzelnen Ressorts. Als Musterbeispiel nannte er den Klimaplan und kündigte in diesem Rahmen einen zeitnahen Beteiligungsprozess mit der Zivilgesellschaft an.

Nachhaltigkeits-Check

Ein Highlight der Veranstaltung präsentierte die aus Baden-Württemberg zugeschaltete Roswitha McLeod (Begleitung nachhaltiger Entwicklungsprozesse) zusammen mit Karsten Wittke, dem Baruther Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik (Kepol), den sog. N!-Check. Dabei handelt es sich um ein Prüfinstrument, das in Baden-Württemberg entwickelt wurde, damit Kommunen die Auswirkungen von geplanten kommunalen Vorhaben

Vernetzung

Vom langen Atem war die Rede, aber auch wie die Fortschritte vorankommen, z.B. bei der Netzwerkarbeit zum Thema Wasserstoff, beim Aufbau der ÖPNV-Infrastruktur kreisübergreifend mit der Nachbarstadt Golzen oder die Sicherstellung der medizinischen Versorgung

in den verschiedenen Handlungsfeldern nachhaltiger Kommunalentwicklung sehr schnell einschätzen und darstellen können. Die darin gestellten 24 Fragen zielen darauf ab, Kommunen zu sensibilisieren, ob bei geplanten Vorhaben ökologische, ökonomische, soziale und sonstige Rahmenbedingungen unter Nachhaltigkeitsaspekten entsprechend berücksichtigt worden sind. Eine einfache, weil praxisorientierte Entscheidungshilfe, die aber kein verbindliches Tool darstellt, aufgrund dessen man beispielsweise eine Förderung beantragen kann.

Die Fragen und Diskussion nach Wirkungsmächtigkeit und Reichweite des NI-Checks waren entsprechend kritisch. Als Anregung kam aus dem Plenum, ein dafür zuständiges Nachhaltigkeitsbüro auch in Brandenburg einzurichten.

Krisenmanagement in Kommunen

Wie können sich Kommunen durch die Umsetzung von SDGs auch für Krisenfälle wappnen? Andreas Hermann Karsten, Dozent an verschiedenen Fachhochschulen und Experte für Krisenmanagement, hat einen Leitfaden für kommunales Krisenmanagement aufgelegt, aus dem er anhand von Praxisbeispielen referierte.

Zunächst stellte er eine kompakte Liste von Forderungen vor: Krisenmanagement ist Aufgabe der gesamten Kommunalverwaltung. Bei der Personalrekrutierung müssen Frauen wie Männer gleichermaßen berücksichtigt werden.

Um sich gegen etwaige Stromausfälle zu wappnen, müssen bereits im Vorfeld an den Bedarf angepasste Notstromaggregate angeschafft werden. Die durch den Klimawandel dramatisch steigende Trockenheit begünstigt Brände. Wasserschutz ist Umweltschutz. Krisenmanagement und Nachhaltigkeit hören nicht an der kommunalen Grenze auf.

Er betonte das vierte SDG, Recht auf Bildung, in das sehr viel mehr investiert werden muss, um Probleme adäquat lösen zu können.

Er nannte die goldenen Regeln der Krisenbewältigung für die Kommunalverwaltung:

- Betrachten Sie die Situation aus Sicht der Betroffenen!
- Nutzen Sie Ihren gesunden Menschenverstand!
- Suchen Sie die von den Bürgern erwartete Normalität. Für das Kleinteilige haben Sie die Feuerwehr. Ansonsten delegieren Sie, denn keiner hält zwölf Stunden allein durch. Bereiten Sie sich auf mögliche Krisensituationen vor!

Der Bundesgerichtshof hat Kommunen in die Verantwortung genommen. Allerdings wird es wohl nicht zu Verurteilungen wegen Verantwortungslosigkeit kommen, siehe die Todesfälle bei der Ahrtalkatastrophe.

„Alles was auf Deutschland zukommt, wurde vorher analysiert ... und komplett vergessen“, konstatierte Karsten leicht frustriert. Er forderte zu einer veränderten Herangehensweise auf; weg von der Risiko-Strategie hin zu einer Resilienz-Strategie. Denn die eigentliche Frage sei, wie Krisen möglichst schadlos überstanden werden können. Für drohende, akute Chaos-Phasen empfiehlt er:

Seien Sie präsent! Vermitteln Sie Hoffnung! Sorgen Sie für geregeltes Krisenmanagement, nutzen Sie Ihre Krisenstäbe und binden Sie Spontanhelfer ein!

Kommt eine Krise zu ihrem Ende, soll Verantwortung übernommen werden und das allseits beliebte Blame Game sei zu unterlassen! In der Aufarbeitung müssen Prioritäten und Leitlinien weiterentwickelt werden.

„Führen mit Auftrag“ lautete seine Empfehlung an die Verwaltungen. Das Prinzip stammt aus Zeiten des preußischen Heeres. Helfer:innen mögen spontan sein, sie zu managen aber nicht.

Um Resilienz zu entwickeln, rät er die Einrichtung eines Runden Tisches mit Beteiligung maßgeblicher Akteure aus dem Landkreis, des

Innenministeriums und der Zivilgesellschaft. Im Zweifelsfall ist die Bundeswehr zuständig, kommunale Probleme zu lösen, allerdings käme bei gleichzeitiger Alarm-Bereitschaft der NATO kein Soldat. Ansprechpartner wären Reserveoffiziere, denn diese kennen sich mit der Hierarchie aus.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Frank Segebade aus dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) in Brandenburg erklärte in seinem Vortrag die Aufgaben seines Ministeriums auf sehr kompetente und anschauliche Weise. Stadtentwicklung ist eine klassische kommunale Selbstverwaltungsaufgabe. Dies belegte er anhand einiger prägnanter Beispiele aus der Zeit nach der Vereinigung. Im Rückblick gesehen waren es schon damals überwiegend nachhaltige Investitionen in die Stadtentwicklung, bei denen es darum ging, mit der zeitgemäßen Ausstattung zu sozial verträglichen Preisen gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln und dabei die identitätsstiftende Altbausubstanz zu bewahren, einem damals nicht unumstrittenen Ansatz.

Das Prinzip des Von-Innen-nach-Außen-Planens ist bis heute zentrale Verwaltungsgrundlage.

Baukultur ist Beteiligungs- und Mitmachkultur, Stadtentwicklung als hochintegrativer Prozess sorgt für städtischen Zusammenhalt. Die wichtige Komponente des sozialen Zusammenhalts wird dabei nicht selten unterschätzt, ist aber elementar für eine nachhaltige Stadtentwicklung.



In der nachfolgenden Diskussionsrunde wurden einige positive Beispiele und große Herausforderungen für Städtebauförderung in Brandenburg genannt:

Beispiel Luckenwalde, aus dem Bürgermeisterin Elisabeth Herzog-von der Heide berichtete. Viele Städte und Gemeinden haben mit Bevölkerungsschwund zu tun. Gleichzeitig benötigt man verstärkt soziale und technische Infrastruktur, um auf die von der Flüchtlingskrise ausgelöste Zuwanderung adäquat reagieren zu können. Klimaschutzkonzepte werden entwickelt ebenso wie Projekte mit konkreter Zielstellung wie z.B. einer autofreien Innenstadt.

Von einer besseren Nutzung von Beteiligungsverfahren war die Rede, vom Einsatz digitaler Entscheidungsplattformen, von der Umsetzung von Standortentwicklungskonzepten, die mit der Aufgabe der Kommunen und dem Klimakonzept zusammen gedacht werden. Auch die Frage, wie man aus erfolgreichen Pilotprojekten schließlich in deren Umsetzung in der Breite gelangen kann, und einiges andere mehr, bewegte die Diskussion der Teilnehmer.

Viele Antworten gibt das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung in seiner Arbeitshilfe zur Erstellung und Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) im Land Brandenburg.

Am Nachmittag verteilten sich die Teilnehmenden in den drei Arbeitsgruppen Stadtentwicklung, Krisenmanagement und Nachhaltigkeits-Checks. Bevor Bürgermeister Ilk die Veranstaltung beendete und sich bei Engagement Global und der SKEW für die Förderung und Organisation der Veranstaltung bedankte, fassten Dr. Irene Heuser vom Ministerium der



Finanzen und für Europa (MdFE) und Dr. Martin Pohlmann vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) die gewonnenen Erkenntnisse des Tages zusammen und bekräftigten das spürbare Engagement auf Seiten der kommunalen Ebene sowie den Wunsch nach einer stärkeren Berücksichtigung bei der Fortschreibung der Landes-Nachhaltigkeitsstrategie.

Im Nachgang fiel auf, dass globale Aspekte (außer bei der Vernetzung: Städtepartner-

schaft Baruth/Mark und Murun) in keinem anderen Themenbereich vorkamen. Schade, denn der Blick über den Tellerrand zeigt, dass nicht jedes Rad neu erfunden werden muss und es unzählige konzeptionelle und praktische Beispiele aus den Ländern des Globalen Südens Wert gewesen wären, Eingang in die Brandenburger Kommunen zu finden.

Aber nach den Schlossgesprächen ist vor den Schlossgesprächen ...





Entwicklungspolitisches
Netzwerk Sachsen e.V.



Globale Solidarität jetzt!

Kriege, Krisen und Klimakatastrophe gemeinsam beenden!

Gegenwärtig kämpfen viele Frauen und Menschen aus unterschiedlichen Milieus im Iran gegen das patriarchale und diktatorische Mullah-Regime. Der blanke Gewalt des Sicherheitsapparates setzen immer mehr Menschen im Iran die Forderung nach Selbstbestimmung und einer demokratischen Gesellschaft entgegen. Wir solidarisieren uns mit dem vor allem von den Frauen geführten Kampf für die Realisierung ihrer Menschenrechte.

Unsere Solidarität gilt weiterhin allen Menschen in der Ukraine, die seit acht Monaten dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands ausgesetzt sind. Er bedeutet unermessliches Leid für die

Bevölkerung in der Ukraine. Die Ukraine hat selbstverständlich das Recht, sich gegen diesen imperialen Angriff zu verteidigen. Wir solidarisieren uns auch mit jenen mutigen Menschen in Russland, die auf unterschiedliche Weise den Krieg und das nationalistisch-autoritäre System ablehnen bzw. die Unterstützung verweigern.

Vor einem Jahr zogen sich die USA und ihre Verbündeten aus Afghanistan zurück. Binnen weniger Wochen konnte das Frauen- und Menschenrechte verachtende Taliban-Regime seine Herrschaft sichern. Seither werden Frauenrechtlerinnen, Menschenrechtsaktivist:innen, Politiker:innen, Anwält:innen, ehemalige Ortskräfte und viele weitere Personen bedroht oder sind auf der Flucht. Viele von ihnen wurden bereits von den Taliban getötet. Die Bevölkerung verarmt dramatisch und hungert unter der Unfähigkeit der Taliban. Frauen und Mädchen werden buchstäblich weg- und eingesperrt. Was der Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) in Bezug auf den Iran schreibt, gilt ebenso in Afghanistan: Die Zwangsverschleierung ist ein totalitäres, patriarchales Werkzeug zur Unterdrückung der Frauen und Mädchen.

Dies sind nur drei Beispiele aus Ländern, in denen der Bevölkerung das Recht auf Unversehrtheit, Selbstbestimmung und freie Meinungsäußerung brutal verweigert wird. Die Liste der Länder, in denen Frauen, Aktivist:innen, Bevölkerungsgruppen auf Frieden, Freiheit und Sicherheit hoffen bzw. dafür kämpfen, ist lang: Äthiopien, Jemen, Syrien, Demokratische Republik Kongo, Nigeria, Kamerun, Westsahara, Kurdistan, Myanmar, Mexico, Honduras, Nicaragua und viele weitere Regionen der Welt. All diesen Menschen in Kriegen, Konflikten und Diktaturen weltweit gilt unsere Solidarität und Empathie!

Globale Solidarität jetzt!

Es braucht nicht weniger als die Utopie von Globaler Solidarität, um Kriege, Krisen und Klimakatastrophe zu beenden. Deswegen haben mehrere in Ostdeutschland ansässige Organisationen am 14. Juni 2022 einen Fachtag gegen Kriege in Leipzig, später u.a. in Potsdam organisiert und nachfolgend diesen Aufruf verfasst. Er soll innerhalb der entwicklungspolitischen und zivilgesellschaftlichen Szene dazu anregen, mehr konkrete Projekte, Formen und Aktivitäten globaler Solidarität zu befördern. Anstelle nationale und/oder Partikularinteressen zu verfolgen, sollen die politisch Verantwortlichen deutlich schneller, umfänglicher und vernetzter, gemeinsam global verantwortlich bei Kriegen, Krisen und Klimakatastrophen handeln.

Der Aufruf ist innerhalb weniger Tage von mehr als 120 Organisationen und Einzelpersonen (Stand 8.12.2022) unterzeichnet worden.

Nationalistische und imperiale Ideologien wie auch autoritäre Systeme basieren auf patriarchalen Strukturen

Wir sagen deutlich: Gewalt und Krieg sind eine Strategie des Patriarchats zur Aufrechterhaltung oder Durchsetzung männlicher Herrschaftsinteressen. Auch Nationalismus, rassistische und extremistische Ideologien, Autoritarismus und Diktatur sind patriarchale, von Männern geprägte Herrschaftsformen. Die Mullahs und Taliban, Putin und Assad sind hier nur die Spitze und austauschbare Repräsentanten dieser gewaltsamen Herrschaftsformen bzw. -systeme.

Als eine globale und solidarische Antwort auf diese gewaltsame Herrschaft erscheint uns ein Feminismus, der Mehrfachdiskriminierung berücksichtigt und sich gegen unterschiedliche Unterdrückungssysteme gleichzeitig wendet sinnvoll, weil er die Überwindung aller Unterdrückungssysteme fordert (Paola Salwa Daher).

Keine Doppelstandards in der EINEN WELT!

Globale Solidarität bedeutet für uns zudem, dass wir überall mit den gleichen Augen, dem gleichen Verstand und Herzen hinschauen und weder Doppelstandards noch Rassismus, Nationalismus, Sexismus oder Klassismus dulden. Der Krieg Russlands in der Ukraine hat z.B. Asymmetrien der Rechte und Wertigkeit offenbart. Der von Russland begonnene Krieg war mitnichten der erste völkerrechtswidrige Krieg in der jüngsten Geschichte. Der von den USA und der „Koalition der Willigen“ geführte Krieg im Irak, die Luftschläge in Libyen, der Angriffskrieg in Afghanistan 2001 und die Bombardierung von Serbien und Montenegro waren allesamt ebenfalls völkerrechtswidrig. Niemand ist jemals für diese Angriffe juristisch verfolgt worden. Diese Doppelmoral lehnen wir ab!

Im Kontext des Krieges Russlands in der Ukraine wurde zudem der historische und strukturelle Rassismus in Europa sichtbar. Einerseits ist die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten in Ländern wie Polen, Tschechien, dem Baltikum und Deutschland beeindruckend. Andererseits wurden Schwarze Menschen, Roma und Sinti und Nicht-Ukrainer:innen, die fliehen, von ukrainischen und polnischen Grenzern sowie von der deutschen Bundespolizei zurückgetrieben, eingesperrt und rassistisch behandelt. Globale

Solidarität bedeutet jedoch, dass alle Menschen, die fliehen müssen, ein Recht auf Schutz haben!

Globale Solidarität heißt, die Konsequenzen von Krieg und Klimawandel für die Gesellschaften des Globalen Südens auf die Tagesordnung zu setzen

Wir schließen uns dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) mit seiner Stellungnahme „Sicherheit kann nur weltweit und mit zivilen Mitteln hergestellt werden“ an. Dort heißt es auch, dass der Krieg in der Ukraine bzw. die internationale Aufmerksamkeit im Umgang mit Russlands Krieg die Sicherheitsbedürfnisse in anderen Weltregionen nicht „verdecken“ darf. Vielmehr müssen die katastrophalen Folgen des Krieges für den Globalen Süden gesehen und dagegen auf internationaler Ebene entschieden gehandelt werden. Bereits bestehende Konfliktlagen werden durch diesen Krieg noch verschärft. Zu Beginn des Krieges haben z.B. die Ausfälle in der Weizen- und Getreideversorgung in der Ukraine und in Russland sowie die Blockade der ukrainischen Weizenexporte durch Russland zu Versorgungsproblemen und Preissteigerungen unter anderem im Libanon, Äthiopien und weiteren Ländern geführt.

Die internationale Politik muss sich schnell und ernsthaft damit auseinandersetzen, dass die Klimakatastrophe mit Dürren und Überschwemmungen, die Spekulationen auf Nahrungsmittel und Anbauflächen, die Auswirkungen der Coronapandemie, der Preisanstieg bei Düngemitteln und industriellem Saatgut sowie das Ausbleiben von Hilfsgeldern die Situation der Ärmsten der Armen weltweit dramatisch verschärfen.

Hinzu kommt, dass Russlands Krieg in der Ukraine die eigentlich dringend erforderliche Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den Klimawandel unterminiert. Wir befinden uns im letzten Jahrzehnt, um das lebensnotwendige 1,5-Grad-Ziel zu halten. Statt sich dieser größten globalen Herausforderung umfänglich widmen zu können, befeuert der Krieg durch die irrsinnigen Emissionen und weiteren Umweltzerstörungen die Verfehlung des 1,5-Grad-Ziels! Dass nun die EU in dieser durch den Krieg losgetretenen Energieunsicherheit auf fossile Energieträger und Atomstrom setzen, wird den Ausstoß klimaschädlicher Gase weiter ansteigen lassen.

Wir, entwicklungspolitische Vereine, Einrichtungen und Initiativen, die sich ehrenamtlich und hauptamtlich mit diesen und weiteren Fragen beschäftigen und in großer Sorge sind, fordern:

Von unseren entwicklungspolitischen Verbänden: Unsere Aufgabe und unser Beitrag ist es, konkrete Vorschläge, Instrumente und Wege zu diskutieren, wie wir durch globale zivilgesellschaftliche Solidarität dazu beitragen, lokale Kämpfe und Bestrebungen nach Selbstbestimmung deutlich wirksamer als bislang zu unterstützen. Sehr viel entschlossener und umfänglicher müssen wir beim Schutz des Planeten und der Menschheit auftreten. Aufgabe der Verbände ist es jetzt, für diese Suchbewegungen und Diskussionsprozesse die Rahmenbedingungen, Foren und inhaltlichen Vorbereitungen bereitzustellen, Kräfte zu bündeln und größere zivilgesellschaftliche und politisch wirksame Allianzen einzugehen!

Vom Auswärtigen Amt und BMZ: Feministische Entwicklungszusammenarbeit und feministische Außenpolitik sind weder ein Sticker zum Anheften noch dienen sie zur Verschleierung tatsächlicher Machtverhältnisse bzw. des Status quo. Eine auf Konfliktprävention und -transformation sowie auf globale Gerechtigkeit, Diplomatie und Dialog setzende intersektional-feministische Politik muss genuin die Perspektiven der Menschen, Expert:innen und Aktivist:innen aus dem Globalen Süden gleichwertig einbeziehen. Es geht hierbei um nicht weniger als das politische Projekt und die Ambition, alle Kriege und gewaltsamen Krisen konstruktiv und friedlich aufzulösen. Hierbei müssen die Interessen und existenziellen Notwendigkeiten der Menschen in den Gesellschaften des Globalen Südens endlich gleichberechtigt gegenüber denen des Globalen Nordens berücksichtigt werden. Gemeinsam müssen wir uns den globalen Herausforderungen von Klimawandel, Energie- und Ernährungskrisen sowie sozialer und Geschlechtergerechtigkeit widmen.

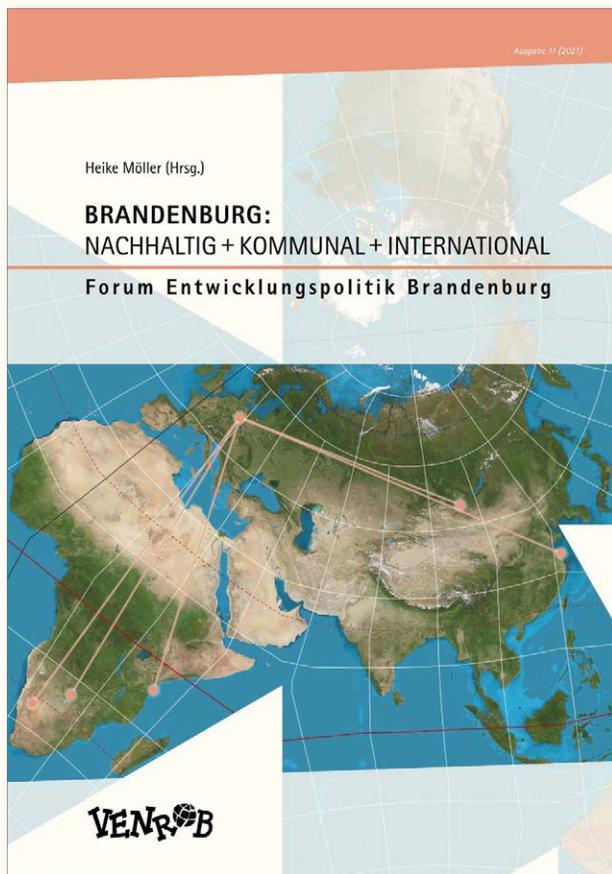
Von der Bundesregierung: Sie muss in ihrem gegenwärtigen politischen Handeln in Reaktion auf Russlands Krieg in der Ukraine auch die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens relevant berücksichtigen. Die Verteidigung von Menschenrechten, Freiheiten und dem Leben der angegriffenen

Menschen in der Ukraine ist existenziell. Aber ebenso relevant ist es, sich mit der dramatischen Verschärfung von Armut, Hungersnöten und Überlebenskämpfen der Menschen in den Ländern des Globalen Südens auseinanderzusetzen. Wer bereit ist, 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr bereitzustellen, der muss dann auch dazu bereit sein, mindestens die gleiche Summe für die Rettung von ca. 300 Millionen Hungernden einzusetzen. Eine Stärkung der humanitären und solidarischen Arbeit, die auch auf Menschenrechte und Gerechtigkeit fokussiert, ist notwendig.

Von der internationalen Gemeinschaft: Das im 20. Jahrhundert entwickelte Konzept der „Menschlichen Sicherheit“ und die Lebensrealitäten aller Menschen gehören in den Mittelpunkt internationaler Anstrengungen, um nachhaltig friedlichere Gesellschaften aufbauen zu können. Die **Sicherheitsratsresolution** 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und deren Folgekonventionen, die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) müssen bedingungslos umgesetzt werden. Bei **Friedensverhandlungen** müssen intersektionale Genderperspektiven zentral vertreten sein. Alle in Kriegen und gewaltsamen Konflikten sowie in Gewaltherrschaften begangenen Menschenrechtsverletzungen müssen dokumentiert und geahndet werden. Es kann und darf keine Kompromisse und Doppelstandards bei der Frage der Verletzung des Völkerrechts, der territorialen Unversehrtheit und bei der Frage der Menschenrechte geben. Die internationale Gemeinschaft funktioniert nur, wenn das Völkerrecht für alle gleichermaßen gilt. Es muss klar und deutlich sein, dass internationales Recht nicht gebrochen werden darf und Straffreiheit nicht existiert.

Unterzeichner:innen:

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.
anders handeln e.V.
Stiftung Nord-Süd-Brücken
Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V.
Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

Seit 2012 erscheint die Reihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer und wissenschaftlicher Diskussion sowie dem Praktiker-austausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen (auch mit Blick auf Brandenburg) werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut.

Das *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* wird herausgegeben vom VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg. Die kostenlosen Broschüren stehen Ihnen als PDF auf der Website www.venrob.de zur Verfügung.



Bisher erschienen

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 11 (2021)
Brandenburg: nachhaltig + kommunal + international
ISBN 978-3-947802-81-4 | 58 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 10 (2020)
Brandenburg: kommunal, nachhaltig, international
ISBN 978-3-947802-70-8 | 42 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 9 (2019)
Brandenburg auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit?
ISBN 978-3-947802-31-9 | 54 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 8 (2018)
Brandenburg – Da lässt sich was entwickeln
ISBN 978-3-947802-14-2 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 7 (2017)
Agenda 2030 in Brandenburg
ISBN 978-3-945878-72-9 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016)
Entwicklungsland Brandenburg?
ISBN 978-3-945878-34-7 | 40 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015)
Globales Lernen Lebenslang!
Nachhaltiges Lernen in Brandenburg aktuell
ISBN 978-3-945878-05-7 | 43 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 (2014)
Brandenburg goes global
Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015
ISBN 978-3-941880-96-2 | 41 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013)
Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?
ISBN 978-3-941880-79-5 | 38 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012)
made in Brandenburg
Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung
ISBN 978-3-941880-53-5 | 47 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012)
Ernährung im 21. Jahrhundert
ISBN 978-3-941880-43-6 | 29 Seiten

Als 2015 die 17 Sustainable Development Goals, kurz SDGs, die ausgedienten acht Millenniums-Ziele ablösten, war die Euphorie der Weltgemeinschaft groß. Die Agenda 2030 war nichts weniger als ein „Weltzukunftsvertrag“, in dem der globale Rahmen für die Nachhaltigkeitspolitik der folgenden 15 Jahre abgesteckt werden sollte. Heute, Ende 2022 und bei Halbzeit, reibt man sich verwundert die Augen und fragt sich, wie groß das Ausmaß der zu erwartenden Katastrophen sein muss, bevor es zum vielzitierten, benötigten Ruck in der Zivil- oder besser Konsumgesellschaft, da sind wenigstens alle dabei, kommt.

Gegen eine gefährlich Apokalypse-Blindheit forderte der französische Sozialphilosoph Jean-Pierre Dupuy einen „aufgeklärten Katastrophismus“, damit wir rechtzeitig aktiv werden, um Gefahren abzuwehren. Es ist keine Frage mehr, ob das Stromversorgungsnetz oder die Wärme- oder Wasserversorgung zusammenbricht, sondern wann. Eine „Nur-keine-Panik-Haltung“ lenkt nach Karl Jasper in die falsche Richtung. Er setzte darauf, dass „Angst der Grund zur Hoffnung“ sei. Aber Zukunftsangst ohne Hoffnung lähmt.

Wie können wir also unseren Kindern ein Grundvertrauen in ihre Entwicklung vermitteln, angesichts ständiger Bedrohungsszenarien? Die populistische Angstpolitik tut das Ihre dazu. Wir aber entrüsten uns über unseren Nachwuchs, der von der Erkenntnis ins Handeln kommt und seinem Protest über den vermeintlichen Stillstand Ausdruck verleiht und sich auf Hauptverkehrsstraßen festklebt. Die Forderungen der Jungen sind so wenig ausgegoren wie die Reaktion der Alten gerechtfertigt. Man muss keinen Generationenkonflikt herbeireden, wo das Maß der Dinge das persönliche Streben nach Glück – oder auf Neudeutsch „Pursuit of Happiness“ ist.